

## Zweite Sitzung – Deuxième séance

Dienstag, 1. Dezember 2015

Mardi, 1er décembre 2015

08.00 h

14.019

### Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft).

#### Volksinitiative und indirekter Gegenvorschlag

#### Pour une économie durable et fondée sur une gestion efficiente des ressources (Economie verte).

#### Initiative populaire et contre-projet indirect

##### Fortsetzung – Suite

Ständerat/Conseil des Etats 18.09.14 (Erstrat – Premier Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 25.11.14 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 03.03.15 (Frist – Délai)

Nationalrat/Conseil national 18.06.15 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 10.09.15 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 14.09.15 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 01.12.15 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 03.12.15 (Differenzen – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 18.12.15 (Schlussabstimmung – Vote final)

Ständerat/Conseil des Etats 18.12.15 (Schlussabstimmung – Vote final)

### 1. Bundesbeschluss über die eidgenössische Volksinitiative «für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)»

#### 1. Arrêté fédéral sur l'initiative populaire fédérale «pour une économie durable et fondée sur une gestion efficiente des ressources (Economie verte)»

**Präsidentin** (Markwalder Christa, Präsidentin): In der allgemeinen Aussprache behandeln wir auch den Antrag der Minderheit Jans zu Artikel 2.

**Schilliger** Peter (RL, LU), für die Kommission: Natürliche Ressourcen sind von zentraler Bedeutung und eine Basis für die Wohlfahrt unserer Gesellschaft. Diese natürlichen Ressourcen, zu denen Wasser, Boden, saubere Luft, Energierohstoffe und Metalle gehören, sind auf unserem Planeten, der Erde, in einer bestimmten Menge vorhanden. Will unsere Gesellschaft auf lange Zeit aus diesen Ressourcen Nutzen ziehen, ist eine sorgsame Nutzung Pflicht. Im Gegensatz dazu wachsen weltweit die Bevölkerung, der Konsumbedarf und ebenso der Konsumanspruch jedes Einzelnen. Diese entgegengesetzten wirkenden Trends verlangen in der Produktion von Gütern neue Technologien, speziell im Bereich der verwendeten Menge an Ressourcen, beim Recycling der Stoffe oder in der Substitution von rar werdenden Stoffen durch andere Materialien. In der Umsetzung dieser Nutzungseffizienz sieht sich vor allem die Wirtschaft laufend vor neuen und immer komplexer werdenden Herausforderungen.

Die Volksinitiative «für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft», kurz «Grüne Wirtschaft», will eine ressourceneffiziente Wirtschaft schaffen und geschlossene Stoffkreisläufe fördern. Die Initiative wurde am 6. September

2012 fristgerecht und mit der erforderlichen Anzahl Unterschriften bei der Bundeskanzlei eingereicht. Sie fordert für 2050 einen ökologischen Fussabdruck der Schweiz, der, auf die Weltbevölkerung hochgerechnet, eine Erde nicht überschreitet.

Der Bundesrat ist mit dem Initiativkomitee einig, dass der heutige Verbrauch von natürlichen Ressourcen nicht nachhaltig ist. Würden weltweit alle Bewohner so wie die Schweizer Bevölkerung leben, wären etwa 2,8 Erden nötig. Er unterstützt daher die Stossrichtung der Volksinitiative, geht aber davon aus, dass das Ziel, bis zum Jahr 2050 einen ökologischen Fussabdruck von einer Erde zu haben, nicht umsetzbar ist.

Als indirekten Gegenvorschlag zur Initiative schlägt der Bundesrat eine Revision des Umweltschutzgesetzes (USG) vor. Dieser Gegenvorschlag wurde im Stände- und im Nationalrat beraten. Es zeigte sich, dass bezüglich einer USG-Revision die Mehrheitsverhältnisse sehr knapp sind. In der Herbstsession lehnte der Nationalrat die Gesetzesvorlage schlussendlich mit 95 zu 92 Stimmen bei 6 Enthaltungen ab. Die eigentliche Initiative hat Ihre UREK an ihrer Sitzung vom 2. November 2015 beraten. Als Beratungsgrundlage diente ihr die Botschaft des Bundesrates vom Februar 2014. In dieser hält der Bundesrat fest, dass er den Bedarf für eine grüne Wirtschaft bereits im Jahre 2010 anerkannt und erste wichtige Schritte mit sechs Handlungsfeldern zur grünen Wirtschaft eingeleitet hat. Mit der Verabschiedung des Aktionsplans «Grüne Wirtschaft» im Jahre 2013 hat er sein diesbezügliches Engagement bekräftigt. Die Volksinitiative lehnt der Bundesrat in seiner Botschaft jedoch als zu weit gehend ab. Aus heutiger Sicht sei das Ziel «Fussabdruck eine Erde bis 2050» kaum umsetzbar, beziehungsweise man müsste definieren, was damit genau gemeint sei.

Die Beratung in der UREK hat gezeigt, dass die Befürworter der Initiative grundsätzlich gesetzlichen Handlungsbedarf sehen und eine USG-Revision im Sinne des indirekten Gegenvorschlages als erste Etappe verstehen; die ganze Reise sei dann die Initiative. Die ablehnende Seite weist darauf hin, dass es keine weiteren Regelungen braucht und es aus ihrer Sicht eine Gesetzgebung auf Vorrat wäre. Dies habe sich bereits bei der Beratung des Gegenvorschlages gezeigt. Man habe erkannt, dass die Wirtschaft, die im Zentrum dieser Initiative steht, schon heute gute Arbeit leistet. Gerade beim Verbrauch von Stoffen wie Aluminium, Glas und PET werden auf freiwilliger Basis sehr hohe Recyclingquoten erreicht. Branchen wie die Zementindustrie haben ohne gesetzliche Vorgabe Vereinbarungen mit hohen ökologischen Zielwerten unterzeichnet.

Die Umsetzung der Initiative würde auf Stufe Wirtschaft einen grossen Zusatzaufwand auslösen. Ist Not vorhanden, ist der Leidensdruck da, um diesen Mehraufwand zu rechtfertigen? Kann man der Schweizer Wirtschaft, die mehr als auch schon unter internationalem Wettbewerbsdruck steht, wirklich noch weitere, nicht zwingend notwendige Mehrbelastungen zumuten? Zudem wurde argumentiert, dass die Definition des ökologischen Fussabdrucks sehr kompliziert und akademisch sei, und die Initiative wurde auch als Freipass für viel Bürokratie, verbunden mit hohen volkswirtschaftlichen Kosten, gewertet.

In der abschliessenden Abstimmung hat die UREK-NR mit 16 zu 8 Stimmen bei 1 Enthaltung beschlossen, dem Bundesrat zu folgen und die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen. Im Namen der grossen Kommissionsmehrheit bitte ich Sie, dieser Empfehlung zu folgen.

**Butt** Yannick (C, VS), pour la commission: Le thème qui nous occupe aujourd'hui est essentiel pour l'avenir de notre planète. Il s'agit d'économiser les ressources de manière à ce que celles et ceux qui viendront après nous puissent encore en profiter. Cet objectif est partagé par la majorité d'entre nous. Tout est question de mesure. En clair, il s'agit de savoir quelles sont les actions qui permettront un effet concret sur la préservation de ces ressources tout en ne pénalisant pas trop notre économie afin de maintenir les em-

plais et le bien-être en Suisse. A cette fin, le maintien de la compétitivité de nos entreprises est indispensable.

L'initiative populaire «pour une économie durable et fondée sur une gestion efficiente des ressources (Economie verte)» demande que la Suisse réduise son empreinte écologique pour atteindre au maximum un «équivalent planète» en 2050, soit une réduction d'environ deux tiers à trois quarts par rapport à aujourd'hui.

Le Conseil fédéral lui-même propose le rejet de cette initiative, car non seulement elle va trop loin, mais encore les termes qu'elle utilise sont flous, notamment dans leur caractère normatif.

Après le rejet par notre conseil du contre-projet, pourtant moins ambitieux que l'initiative, le 14 septembre dernier, votre commission juge que cette initiative soulève des questions réelles qui méritent d'être traitées, mais qu'elle est bien trop extrême dans ses demandes. En effet, elle exige de notre économie un changement structurel brutal qui serait néfaste pour l'emploi et la prospérité de la Suisse.

Notre pays reste, et veut rester, un bon élève de la politique environnementale au niveau mondial.

Il veut, par contre, éviter d'être le seul à prendre des mesures exagérées qui le pénaliseraient.

Par conséquent, par 16 voix contre 8 et 1 abstention, la commission vous recommande de suivre la décision du Conseil des Etats d'adhérer au projet du Conseil fédéral et de proposer le rejet de cette initiative dangereuse pour la compétitivité de la Suisse.

**Jans Beat (S, BS):** Wir entscheiden heute über die Frage, welche Parole wir zur Volksinitiative «für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft» fassen wollen. Ich beantrage Ihnen im Namen der Minderheit die Ja-Parole, und ich lege hiermit gleich offen, dass ich im Initiativkomitee bin. Diese Initiative enthält im Grunde genommen nichts Aufregendes. Eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft, das Setzen von Zielen auf diesem Weg und die regelmässige Berichterstattung sind eigentlich harmlose Forderungen. Am heftigsten diskutiert wird die Übergangsbestimmung: Sie verlangt, dass der ökologische Fussabdruck der Schweiz so reduziert wird, dass er auf die Weltbevölkerung hochgerechnet nicht mehr als eine Erde, einen Planeten, beträgt.

Nun, was ist der ökologische Fussabdruck? Es ist eine Methode, die den Ressourcenverbrauch in Fläche umrechnet und so messen kann, wie viel Natur wir verbrauchen, gemessen an der Erneuerungskapazität unseres Planeten. Oder anders gesagt: Diese Initiative will, dass wir nur so viel natürliche Ressourcen verbrauchen, als tatsächlich nachwachsen.

Das ist keine radikale Forderung, das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit; das müsste die Maxime jedes Wirtschaftens sein. Was soll denn daran falsch sein, dass wir unseren Kindern und Enkelkindern die Möglichkeit geben, die natürlichen Ressourcen, die wir heute brauchen, auch zu brauchen? Wer es falsch findet, dass wir die natürlichen Ressourcen stetig übernutzen, der soll bitte die Hand heben.

*(Niemand hebt die Hand)* Sehen Sie, ich habe es mir gedacht, *(Heiterkeit)* wir sind uns eigentlich einig: Das geht nicht. Nein, Spass beiseite, ich meine das ernst. Die Tragödie bei der Natur liegt darin, dass sie sich nicht in Geldeinheiten messen lässt. Sonst, davon bin ich überzeugt, würden wir sofort anders entscheiden. Sonst würden wir feststellen, dass wir 2,8-mal mehr ausgeben, als wir einnehmen. Wir würden feststellen, dass wir in horrendem Mass Kapital vernichten. Wir würden feststellen, dass wir künftigen Generationen einen riesigen Schuldenberg aufbürden. Und wir würden sofort eine Schuldenbremse einführen. Genau das ist diese Initiative: Sie ist eine Schuldenbremse für die Natur. Leider lässt sich die Natur nicht in Geldeinheiten messen, und deshalb hat sie es um einiges schwerer als zum Beispiel ein Budget.

Genau deshalb bitte ich Sie, mit dieser Initiative ein klares Zeichen zu setzen, dass wir dem Verschleiss von natürlichen Ressourcen auf lange Sicht ein Ende setzen. Denn

das Ziel ist, dass wir bis 2050 ein Gleichgewicht gefunden haben. Eine Generation lang haben wir Zeit, uns auf einen Weg zu machen, der letztlich der einzig richtige ist.

Die gute Nachricht ist, dass die Schweizer Wirtschaft durchaus von diesem Weg profitieren kann. Der Bundesrat hat mit der Energiestrategie und mit dem Gegenvorschlag zu dieser Initiative die wichtigsten Rezepte, die es im Moment zu beschliessen gibt, übrigens bereits vorgeschlagen. Die Umsetzung scheint also klar zu sein, die Stossrichtung auch. Was wir brauchen, ist ein klares Bekenntnis auch in unserer Bundesverfassung. Davon kann auch die Wirtschaft profitieren: höhere Ressourceneffizienz, mehr Recycling, eine stärkere Fokussierung auf die eigenen Ressourcen – das sind Dinge, die der Schweizer Wirtschaft zugutekommen, weil die Schweiz im Cleantech-Bereich viel zu bieten hat, weil die Schweiz letztlich von Erdöl- und von Futtermittelimporten abhängig ist, solange sie die Ressourceneffizienz nicht verbessert.

Das geht alles in die richtige Richtung. Fassen Sie sich ein Herz, sagen Sie Ja zu einer Initiative, die helfen will, die Zukunft unseres Planeten zu sichern!

**Müller-Altmett Stefan (C, SO):** Die Grünen haben mit ihrer Volksinitiative ein Problem aufgegriffen, welches politisch kaum bestritten ist, nämlich die Ressourcenknappheit. Mit der Bewirtschaftung solcher Probleme kann man 100 000 Unterschriften sammeln, keine Frage, das wissen die meisten Parteien. Es ist gut, dass es ein Parlament gibt, welches die Aufgabe hat, den mit der Initiative vorgeschlagenen Lösungsweg dann kritisch zu durchleuchten. Das hat die CVP-Fraktion getan. Sie kommt zum Schluss: Nein, so geht es nicht.

Der Reihe nach: Es ist richtig, die Schweiz beansprucht die natürlichen Lebensgrundlagen viel zu stark. Wir tragen dazu bei, dass sich unser Klima erwärmt, dass Biodiversität verlorengeht, dass Böden erodieren und dass Bodenschätze über die Massen ausgebeutet werden. Wir haben uns in der Sommer- und in der Herbstsession schon hinlänglich über die Nachhaltigkeit unseres derzeitigen Wirtschaftens gestritten. Was vor den Wahlen galt, gilt auch nach den Wahlen. Deshalb sage ich noch einmal, was ich damals gesagt habe: Die Schweiz ist ein ressourcenarmes Land, unter dem Strich ein Nettoimporteur von Rohstoffen. Nur schon aufgrund dieser Betrachtung ist es ein volkswirtschaftliches Gebot, dass wir die Ressourceneffizienz steigern und uns damit von hohen Kostenblöcken und Versorgungsrisiken befreien. Eine Umweltschutzgesetzgebung, welche die Ressourcenfragen mit einbezieht, ist daher eine wirtschaftsfreundliche Gesetzgebung. Es wäre angebracht, die Umweltschutzgesetzgebung um die Ressourcenfrage zu erweitern. Nun verlangt aber die Initiative, die wir jetzt beraten, nicht eine Gesetzesreform, sondern die Verankerung der grünen Wirtschaft in der Verfassung, und zwar in einer absoluten, schlicht nicht umsetzbaren Form.

Der ökologische Fussabdruck, auf den sich die Initiative bezieht, ist ein akademisches Konstrukt, das man je nach Gusto, sprich je nach Nutzen, auslegen kann und das deshalb in der Bundesverfassung nichts zu suchen hat. Der Kommissionssprecher hat bereits auf die Interpretationsschwierigkeiten hingewiesen.

Auch sonst: Die Initiative öffnet Tür und Tor für Umsetzungsmassnahmen, die zwar viel kosten, aber unter dem Strich nichts bringen. Man denke an all das, was wir aus dem Gegenvorschlag gekippt haben, bevor wir ihn abgeschossen haben. Beispiele sind Produktedeklaration, ineffiziente Sammlungen oder die Rückverfolgbarkeit. Das ist alles kaum umsetzbar und unter Wahrung der Prinzipien der Subsidiarität und der Verhältnismässigkeit schlicht nicht machbar.

Es hätte einen besseren Weg gegeben. Anstatt irgendetwas Nichtumsetzbares in die Bundesverfassung zu schreiben, hätte man besser direkt die entsprechenden Anpassungen im Umweltschutzgesetz vornehmen können. Das hatte der erwähnte Gegenvorschlag vorgesehen. Nun, wir haben ihn, nachdem wir ihn in langer Diskussion optimiert hatten, in der

Gesamtabstimmung versenkt. Nachdem auch die ständerätliche Kommission jetzt Nichteintreten beschlossen hat, ist kaum absehbar, dass dieser Gegenvorschlag in irgendeiner Form noch kommt.

Es stehen also jetzt nur noch zwei Extrempositionen zur Auswahl: jene des Nichtstuns und jene des Überbordens. Den goldenen Mittelweg haben wir mit dem optimierten Gegenvorschlag begraben.

Die grüne Wirtschaft ist eine Sache, welche nicht unsere, sondern die nachfolgende Generation betrifft. Die nachfolgende Generation wird darunter leiden, dass wir es nicht geschafft haben, einen gangbaren Weg bei der Ressourceneffizienz zu finden. Sie wird darunter leiden, dass der Wirtschaft die benötigten Ressourcen nicht mehr in ausreichender Menge zur Verfügung stehen. Das ist nicht nur ein Umweltproblem – das ist vor allem ein ökonomisches Problem. Nicht wir, sondern unsere Kinder werden also wirtschaftliche Einbussen haben. Deshalb ziehe ich das Résumé zu dieser Sache auch in der Sprache meiner Kinder: Bei der grünen Wirtschaft hat das Parlament «abgeloozt – voll abgeloozt, aber so was von!».

Ich bitte Sie, dem Entwurf des Bundesrates zuzustimmen und die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen.

**Thorens Goumaz Adèle (G, VD):** Le groupe des Verts vous recommande de soutenir la minorité Jans et de recommander au peuple et aux cantons d'accepter l'initiative.

Personne dans cette salle – ni ailleurs – ne peut décemment dire que nous n'avons pas de problèmes avec la manière dont nous gérons nos ressources. Il s'agit, au contraire, du grand défi de ce siècle, avec le changement climatique.

Le Conseil fédéral l'a d'ailleurs reconnu en proposant un contre-projet à notre initiative, sous la forme d'une révision de la loi sur la protection de l'environnement. Actuellement, cette loi, qui date des années 1980, ne cite nulle part la nécessité de gérer durablement les matières premières.

Malheureusement, le Parlement de la dernière législature s'est montré très défavorable à ce contre-projet, pourtant soutenu par la quasi-totalité des cantons, par les milieux du recyclage, les associations de consommateurs et tous les milieux économiques concernés. Ce contre-projet aurait pu déboucher sur un retrait de notre initiative car il en aurait constitué une première étape de mise en oeuvre. Il permettrait de mieux valoriser les ressources sur notre propre territoire, notamment le plastique, les métaux ou le phosphore, mais aussi d'appliquer, avec les milieux économiques concernés, des standards écologiques existants au niveau international pour les matériaux que nous importons, comme l'huile de palme, le poisson, le coton ou le bois. Plus de 70 pour cent de notre impact a en effet lieu à l'étranger. De telles mesures, associées à une politique climatique crédible, permettraient de réduire efficacement notre empreinte écologique, qui est actuellement de près de trois planètes, car c'est bien de cela qu'il s'agit. L'initiative demande que nous cessions de vivre en surconsommant et en gaspillant des ressources dont les générations futures, mais aussi les autres habitants de notre planète, ont besoin.

Que ferons-nous quand nous aurons vidé les mers de leurs poissons, quand nous aurons détruit les dernières forêts primaires et leur incroyable biodiversité, quand nous aurons épuisé les terres agricoles et irrémédiablement pollué nos eaux douces? Trouvez-vous intelligent que les deux tiers des métaux que nous consommons, ainsi que des quantités invraisemblables de plastique, finissent encore dans nos poubelles? Est-il rationnel d'importer du phosphore quand nous pourrions revaloriser celui de nos boues d'épuration? Pourquoi ne pas recycler mieux les matériaux de construction alors que notre approvisionnement en gravier et en béton pose d'importants problèmes écologiques?

Les solutions existent. L'économie circulaire doit remplacer l'économie gaspilleuse et polluante d'hier. Elle permet de répondre à nos besoins tout en réduisant le gaspillage et en proposant de nouveaux modèles de consommation innovants, comme l'économie de fonctionnalité ou de partage. Économiquement, l'économie circulaire est le bon sens

même, car elle assure à nos entreprises une meilleure autonomie et plus de sécurité dans leur approvisionnement en matières premières. Elle crée aussi des emplois localement ancrés dans les domaines de la revalorisation des matériaux, de la réparation ou des «cleantech».

Ce que demande notre initiative n'a rien d'utopique; il s'agit au contraire du principe même de la durabilité. D'ailleurs, l'objectif d'une empreinte écologique d'une seule planète en 2050 est celui que poursuit le World Business Council for Sustainable Development, une organisation qui réunit de grandes entreprises internationales comme Toyota, ABB ou L'Oréal. C'est également l'objectif que s'est fixé l'Europe en affirmant que son économie devra, en 2050, respecter les limites écologiques de notre planète.

Tout autre modèle de développement est non seulement irresponsable, mais également irréaliste. La Conférence de Paris sur le climat vient de commencer et le temps presse. Nos émissions de CO<sub>2</sub> constituent une partie importante de notre empreinte écologique. Il est temps d'agir non seulement pour les réduire, mais aussi pour exploiter durablement les ressources de la planète.

**Girod Bastien (G, ZH):** Es ist ja schön zu sehen, dass praktisch die Hälfte der Leute, die hier sitzen, neu gewählt ist. Ich hoffe, das hat nicht nur mit der Motivation zu Beginn, sondern auch mit dem Interesse am Thema zu tun.

Die Initiative verlangt etwas, was eigentlich selbstverständlich ist. Sie setzt ein realistisches, ein ökologisch notwendiges Ziel, und sie verlangt eine pragmatische Umsetzung, welche die Wirtschaft stärkt.

Die Unterstützung der Initiative sollte eigentlich selbstverständlich sein, denn sie verlangt etwas, was kaum jemand hier drin bestreiten kann, nämlich dass die Nutzung der natürlichen Ressourcen umgerechnet eine Erde nicht überschreitet. Dieses Ziel verfolgen auch wichtige Handelspartner von uns, etwa die EU, die das in einer Roadmap entsprechend festgehalten hat. Es geht eigentlich um eine längst fällige Modernisierung unseres Umweltschutzgesetzes. Es war deshalb auch nichts als logisch, dass der Bundesrat einen Gegenvorschlag erarbeitet und das Anliegen in einer Gesetzesrevision aufgenommen hat. Schade ist, dass es der Gegenvorschlag im Parlament nicht geschafft hat – nun hat die Bevölkerung mit dieser Initiative die Möglichkeit, das Selbstverständliche doch noch zu realisieren.

Die Initiative hat ein realistisches Ziel. Es wurde vom ökologischen Fussabdruck gesprochen. Was heisst das? Der ökologische Fussabdruck besteht, grob gesagt, aus dem CO<sub>2</sub>-Ausstoss und dem grossen Teil «ökologischer Rucksack der Importe». Als Massnahme gegen den CO<sub>2</sub>-Ausstoss verlangt die Initiative einfach, dass entsprechend mehr Waldfläche verfügbar ist, damit das CO<sub>2</sub>, das durch den Ressourcenschleiss verursacht wird, absorbiert werden kann. Es ist möglich, diese Umweltbelastung mit den bestehenden umweltpolitischen Massnahmen und mit einer gewissen Ergänzung zu reduzieren. Das sind Massnahmen, wie sie auch der Bundesrat in seinem Gegenvorschlag aufgeführt hat.

Es sind eigentlich drei Bereiche, in denen wir Massnahmen brauchen. Erstens geht es um den Klimaschutz. Die entsprechenden Massnahmen müssen wir zur Erreichung des Zwei-Grad-Ziels sowieso ergreifen. Die Initiative verlangt eine Reduktion um den Faktor 3 bis 2050; für den Klimaschutz müssen wir ohnehin mehr machen. Zweitens geht es um das Recycling, um die Stärkung der Kreislaufwirtschaft. Das ist etwas, bei dem die Schweiz eigentlich gut ist, bei dem sie sich jetzt aber weiterentwickeln muss. Drittens geht es um saubere Importe, also darum, dass man bei Importen darauf achtet, dass der ökologische Rucksack leichter ist. Das ist etwas, was grosse Unternehmen wie Ikea immer mehr machen und was auch von anderen Handelspartnern wie der EU unterstützt wird. Da sollte auch die Schweiz mitmachen, sonst gerät sie ins Hintertreffen. Hölzer aus illegaler Regenwaldabholzung beispielsweise wären dann in der Schweiz in Zukunft erlaubt, in der EU und in anderen Ländern aber nicht.



Es ist interessant: Es gibt eine Kritik am ökologischen Fussabdruck, aber sie geht immer in die Richtung, dass die Messung nicht streng genug ist. Von daher ist es etwas unglaubwürdig, wenn Personen, welche finden, dass die Initiative zu weit geht, die Messung des ökologischen Fussabdrucks kritisieren. Beim Fussabdruck geht es eigentlich um ein sehr konservatives Messinstrument. Es wurde von einem Schweizer entwickelt, Herrn Wackernagel, und stellt beim Mass der Umweltbelastung eigentlich eine Art Minimum dar. Die Umweltbelastungspunkte, die der Bund verwendet, sind strenger. Deshalb kommt er in einer Studie auch zum Schluss, dass die Verwendung dieser Punkte schwieriger ist. Zu dieser Studie ist einerseits zu sagen, dass da eben ein anderes Mass verwendet wird, andererseits wird nicht berücksichtigt, dass man bei den Importen den ökologischen Rucksack sehr stark reduzieren kann, so, wie das zum Beispiel das Unternehmen Ikea macht, das bei den Importen 20 Prozent weniger CO<sub>2</sub>-Ausstoss bis 2020 verursachen will.

Die Initiative will einen pragmatischen Weg beschreiten. Sie sagt nicht, dass es dieses und jenes Instrument, dass es Massnahmen in einer bestimmten Höhe braucht. Sie sagt eigentlich, was das Ziel ist. Wenn die Wirtschaft dieses Ziel mit freiwilligen Instrumenten erreicht, kann sie das mit freiwilligen Instrumenten tun. Es braucht nur Massnahmen, wenn wir nicht auf Kurs sind. Das Vorgehen ist ein ähnliches wie beim Gegenvorschlag: Massnahmen sind eigentlich nur notwendig, wo es nicht gelingt, das Ziel freiwillig zu erreichen.

Schliesslich stärkt die Initiative auch die Wirtschaft, weil sie ihre Unabhängigkeit erhöht. Indem wir weniger natürliche Ressourcen verbrauchen, sind wir unabhängiger und gewappnet gegen die absehbare Verknappung und die Preisschocks bei den Importen natürlicher Ressourcen. Die Initiative bringt lokale Wertschöpfung und Arbeitsplätze. Die vielen Arbeitsplätze in der Schweiz im Bereich Recycling würden sonst nicht erhalten. Man würde einfach alles in China produzieren und in der Schweiz verbrennen. Recycling würde nicht praktiziert, wenn es nicht eine gewisse Umweltpolitik, eine gewisse Regulierung, eine gewisse Pflicht zur Schliessung von Kreisläufen gäbe. Da gibt es noch ein Potenzial auszuschöpfen und neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Nicht zuletzt bringt die Initiative auch die Chance, im stark wachsenden internationalen Cleantech-Markt Innovationen zu entwickeln, welche dann auch unsere Exportwirtschaft stärken und uns eigentlich erlauben, auf diesem Markt präsent und wettbewerbsfähig zu bleiben.

Ich bitte Sie aus diesen Gründen, die Initiative zu unterstützen. Sie ist pragmatisch, hat ein realistisches Ziel und stärkt unsere Wirtschaft.

**Wasserfallen** Christian (RL, BE): Ich möchte im Gegensatz zu meinen Vorrednern etwas Abstand davon nehmen, dass alles nur schlecht ist, was die Schweizer Wirtschaft produziert und was die Schweizer Wirtschaft, Stand heute, tut. Die Schweiz, das wissen Sie alle, ist ein hochtechnologisiertes Land. Die Schweiz ist aber auch ein Land, welches seine Produkte hervorragend auf die internationalen Märkte bringen kann. Wir sind eine Industrienation, und darauf sind wir stolz. Betreffe es die Maschinenindustrie oder die Uhrenindustrie, wir bringen sehr gute, hochtechnologische Güter auf die Weltmärkte.

Dass dies nicht so geschieht, wie es jetzt dargestellt wurde, ist auch klar. Wir haben mit der Schweizer Wirtschaft eine Wirtschaft vor uns, die eigentlich schon grün ist. Sie liegt nämlich in verschiedenen internationalen Rankings immer auf Platz eins, zwei oder drei. Ich nenne nur einige Beispiele: Die OECD macht einen Energieintensitätsindex, der misst, wie viele Tonnen Rohöl pro BIP-Einheit verwendet werden. Dort ist die Schweiz Spitze. Auch der Nachhaltigkeitsindex des World Energy Council beschreibt unser Land als Nummer eins. Ebenso gibt es Nachhaltigkeits- und Wettbewerbsberichte des World Economic Forum – auch dort: die Schweiz auf Platz eins. Auch bei den ganzen Recyclingquo-

ten – denken Sie an Glas, PET usw. – sind wir meist auf Platz eins. Die Zahl eins hat also eine sehr hohe Bedeutung, wenn es um die grüne Wirtschaft geht, weil die Schweizer Wirtschaft diesen Platz belegt, weltweit gesehen.

Dazu kommt – das macht mich auch stolz – zum Beispiel der Grad von CO<sub>2</sub>-Belastung, mit dem unsere Volkswirtschaft funktioniert. Die Schweizer Stromproduktion ist ja vor allem von der Wasserkraft dominiert. Da haben wir einen hervorragend CO<sub>2</sub>-armen Strommix. Über das Folgende sollte man dann diskutieren: Wenn man im Rahmen der Energiestrategie – dieser gloriosen Strategie – Gaskraftwerke in Kauf nehmen muss, wird das CO<sub>2</sub>-Äquivalent pro Kilowattstunde schlechter und nicht besser werden. Das ist in Deutschland leider auch geschehen, und wir nehmen uns dieses Land ja immer zum Vorbild, wenn es um die Energiepolitik geht. Hier sollte man also keine Fehler machen.

Wie sind wir zu dieser Position in weltweiten Rankings gekommen? Wir sind dazu gekommen, indem wir ein schlankes Umweltschutzgesetz gemacht haben, das vor allem der Subsidiarität verpflichtet ist und nicht einfach einer sinnlosen und überbordenden Regulierung. Die Regulierungsdichte im heutigen Umweltschutzgesetz ist genau das, was wir haben müssen. Damit besteht für unsere Unternehmen nämlich die Möglichkeit, agil zu bleiben.

Es ist aber auch so, und das haben diejenigen von Ihnen gemerkt, die schon in der letzten Legislatur dabei waren, dass eine richtige Regulierungs- und Gesetzesflut auf uns zukommt: Es gibt den Masterplan Cleantech, die Agrarpolitik 2014–2017 mit ökologischen Kriterien, die Biodiversitätsstrategie, die Energiestrategie, die ökologische Steuerreform, das neue CO<sub>2</sub>-Gesetz, die Natur- und Heimatschutzgesetzgebung und eben diese neue Umweltschutzgesetzgebung, bei der Sie ja zum Glück geholfen haben, dafür zu sorgen, dass sie nicht in Kraft tritt.

Was will ich damit sagen? Wenn man in Zeiten des starken Frankens mit einer hervorragenden Industrie und einer grünen Wirtschaft im Weltmarkt tätig ist, muss man den Unternehmen helfen, ihre Agilität zu bewahren. Nur jene Unternehmen, die überhaupt im internationalen Markt bestehen können, und nur jene, die Luft zum Atmen haben, sind eben auch fähig, in Energieeffizienz, in produktivere Abläufe usw. zu investieren, was gerade in der Industrie notwendig ist, um die Primärenergieträger respektive auch die Materialien sinnvoll und kostengünstig einzusetzen. Das ist ein Kreislauf, der entsteht, ohne dass man unnötige Regulierungen vorsieht.

Diese Agilität hat auch zum Weiterdenken geführt: Nur in Unternehmen, die agil sind, kann man innovativ denken, und deshalb ist ja gerade in dem von Ihnen zitierten Bereich, im Cleantech-Bereich, so viel geschehen. Cleantech ist nicht nur Solarpanels und Windkraftwerke – die übrigens teilweise im Ausland produziert werden –, sondern es geht, z. B. bei der ABB, auch darum, moderne Elektronikkomponenten oder moderne Energiesysteme zu entwickeln, was in unserem Land heute auf einem Niveau geschieht, bei dem wir international auch wieder auf Platz eins oder dann wenigstens auf Platz zwei sind.

Gerade deshalb ist diese Volksinitiative eben überflüssig, weil sie einen entscheidenden Fehler hat: Sie beginnt von der Politik aus, von der Verfassung aus top-down zu sagen, was richtig und falsch ist. Im Innovationsprozess ist aber das Gegenteil notwendig: Innovativ sind in allererster Linie die Unternehmen selber; die Unternehmen selber haben die Möglichkeit, Prozesse und neue Technologien einzuführen. Darüber diskutieren wir dann jeweils fünf oder zehn Jahre später, die Unternehmen haben aber längst gehandelt.

Die Initiative hat – da muss ich Kollege Girod widersprechen – den wirklich grossen Nachteil, dass der ökologische Fussabdruck eine Grösse ist, die politisch nicht fassbar ist. Der ökologische Fussabdruck – ich habe mich schlauge-macht – ist nicht definiert. In der Botschaft von Bundesrätin Leuthard findet man keine Definition des ökologischen Fussabdrucks. Es wird davon gesprochen, jetzt noch sogenannte Footprint-Indikatoren zu definieren. Der Fussabdruck misst denn auch nur den Stofffluss. Das heisst, die Quantität der

Ressourcen, die in einer Volkswirtschaft wirklich schon vorhanden sind, wird nicht berücksichtigt, sondern es werden nur die Stoffflüsse berücksichtigt. Um hierzu ein Gedankenmodell zu machen, ist das etwa so: Wenn ich fünf Bierflaschen aus Glas austrinke, werden dem ökologischen Fussabdruck fünf Bierflaschen zugerechnet, obwohl dieser Konsum mit dem Recycling eigentlich nur einer Flasche entspricht. Das ist das grosse Problem des Fussabdrucks: Er ist überhaupt nicht repräsentativ, weil er unsere hervorragenden Recyclingleistungen usw. nicht berücksichtigt. Worum geht es wirklich? Da schaue ich die Frau Bundesrätin an: Es geht wirklich darum, dass der Bund mit der Revision des Umweltschutzgesetzes, die ja als indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative «für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)» gezimmt wurde, Einfluss darauf nehmen will, wie gewirtschaftet wird, was erwirtschaftet wird und wer neu welche Verantwortlichkeiten zu übernehmen hat. Bafu-Direktor Bruno Oberle hat es in der «NZZ» vom 30. März 2015 hervorragend auf den Punkt gebracht: Wie die Nationalbank das Geld steuere, müssten auch künftig die Ressourcen gesteuert werden, um eine erfolgreiche Wirtschaft zu haben. Ehrlich gesagt, muss es uns freisinnig-liberal Gesinnte bei einem solchen Gedanken wirklich schaudern. Es kann nicht sein, dass wir eine zweite «Nationalbank» im Bafu einrichten, welche dann versucht, auf irgendeine Art und Weise Ressourcenflüsse zu steuern. Das waren auch die Gründe, weshalb wir die Revision des Umweltschutzgesetzes abgelehnt haben. Genau die Fragen der Rückverfolgbarkeit usw. sind einfache Dinge, die Sie von einem KMU, welches im internationalen Wettbewerb steht, schlicht nicht verlangen können.

Auch die Plattform Grüne Wirtschaft wird bereits umgesetzt, obwohl es noch gar keine rechtliche Grundlage dafür gibt. Ich bin wirklich gespannt, wie lange es noch geht, bis der Bundesrat und die Verwaltung dann auch merken, dass man mit dieser übereifrigen «Grüne Wirtschaft»-Plattform schon wieder aufgehört hat, bevor das neue Umweltschutzgesetz in Kraft getreten ist.

Letztlich ist es halt auch dort so: Die Wirtschaft holen Sie nicht einfach an einen Tisch, um ihr zu sagen, was sie zu tun hat. Es muss eben umgekehrt sein. Genau aus diesem Grund hat man die Energieagentur der Wirtschaft gemacht, bei der sich die Wirtschaft mit verschiedenen detaillierten Zielsetzungen dazu verpflichtet, ressourceneffizienter, CO<sub>2</sub>-effizienter und energieeffizienter zu werden. Dafür wird sie von der CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Brennstoffen, auf Heizöl, befreit. Das sind die Mechanismen, die wir brauchen, und nicht neue Gesetze.

Deshalb ist es unverständlich, weshalb der Bundesrat einer chancenlosen Initiative einen Gegenvorschlag gegenüberstellt, der ebenfalls nicht zielführend ist. Es ist halt schon so, wie Montesquieu immer gesagt hat: Wenn es nicht notwendig ist, ein Gesetz zu machen, dann ist es notwendig, kein Gesetz zu machen.

In dem Sinne: Die Schweizer Wirtschaft ist schon grün. Sie sollte sich aber aufgrund unserer Regulierungen nicht grün und blau ärgern müssen, sondern handeln können: Das ist das, was freisinnige Politik ausmacht.

**Jans Beat (S, BS):** Herr Wasserfallen, Sie haben gesagt, der ökologische Fussabdruck sei keine brauchbare Methode. Wissen Sie, dass über fünfzig Länder diesen Abdruck jährlich durchführen? Wissen Sie, dass es sogar Rating-Agenturen gibt, wie Standard and Poor's, die die Kreditwürdigkeit der Länder inzwischen mit genau diesem Instrument messen?

**Wasserfallen Christian (RL, BE):** Das theoretische Modell des Fussabdrucks ist schon bekannt, aber es ist eben nicht bekannt, was genau es für einen Einfluss auf die Steuerungsgrössen von Frau Bundesrätin Leuthard hat. Was misst das Bafu? Was misst das BFE? Wie wird es umgesetzt? Welches sind die Massnahmen dahinter? Das ist völlig unklar. In der Botschaft habe ich auf diesen Hunderten von Seiten kein einziges Kriterium dafür gefunden, wie man den

ökologischen Fussabdruck genau misst, was daraus gemacht werden soll und wie es umgesetzt werden kann. Es wird lediglich auf einer Seite der Botschaft gesagt, dass man die sogenannten ökologischen Footprint-Indikatoren noch definieren müsse. Das allein zeigt, dass wir nicht so weit sind, dass wir dieses Kriterium anwenden können.

**Badran Jacqueline (S, ZH):** Na gut, wir sind in den Sechzigerjahren auf den Mond geflogen, da wird es wohl nicht schwierig sein, einen ökologischen Fussabdruck zu messen. Aber etwas anderes: Wir waren zusammen bei der ABB und bei der Alstom, und beide Forschungschefs haben uns gesagt, sie richteten ihre Forschung und die Gelder, die in die Innovation fliessen, streng nach den Rahmenbedingungen aus – klipp und klar. Herr Wasserfallen, Sie haben jetzt das Gegenteil behauptet. Wie gehen Sie mit diesem Widerspruch um? Oder argumentieren Sie hier einfach faktenfrei, ohne Berücksichtigung dessen, was die Wirtschaft sagt?

**Wasserfallen Christian (RL, BE):** In diesem Sinne sagen Sie ja, dass die Wirtschaft eine hervorragende Arbeit leistet und gute Produkte liefert. Jetzt frage ich zurück: Hat die Wirtschaft auf die Einreichung der Volksinitiative der Grünen gewartet, bis sie diese Forschungslaboratorien einführt? Hat die ABB auf die Volksinitiative der Grünen gewartet, bis sie diese Forschungs- und Entwicklungsprojekte im Cleantech-Bereich lancierte? Ich glaube nicht. Damit ist die Frage erledigt.

**Knecht Hansjörg (V, AG):** Bin ich gegen Ökologie? Bin ich gegen Forschung, Innovation oder Nachhaltigkeit? Gegen saubere Produktionsprozesse? Für Ressourcenverschwendung? Will ich die Lebensgrundlagen künftiger Generationen gefährden? Natürlich nicht! Natürlich kam und kommt es auch immer wieder zu negativen Entwicklungen. Diese werden in der Schweiz aber meist mit Augenmass und im Sinn eines freiheitlichen Gesellschaftskonzeptes korrigiert. Diese freiheitliche und erfolgreiche Entwicklung soll nun durch ein Programm zur Weltrettung ersetzt werden. Die Volksinitiative «für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft» fordert für die Schweiz für das Jahr 2050 einen ökologischen Fussabdruck, der auf die Weltbevölkerung hochgerechnet eine Erde nicht überschreitet. Heute haben ausschliesslich unterentwickelte Länder wie Togo oder die Philippinen einen ökologischen Fussabdruck von eins. Um das Ziel dieser Volksinitiative zu erreichen, müsste die Schweiz ihren Ressourcenverbrauch um zwei Drittel oder um rund 65 Prozent reduzieren. Die SVP erachtet dieses Ziel als völlig unrealistisch. Die in der Initiative geforderten Massnahmen stehen meines Wissens in keinem anderen Land der Welt zur Diskussion oder werden überhaupt umgesetzt. Die Initiative «Grüne Wirtschaft» strebt nichts anderes an als die Ablösung der freien durch eine dirigistische Gesellschaftsordnung.

Mit dem indirekten Gegenvorschlag des Bundesrates haben wir einen Vorgeschmack erhalten; unser Rat hat den Gegenvorschlag ja in der Herbstsession versenkt. Der kürzlich getroffene Entscheid der UREK-SR nährt die Hoffnung, dass es bei dieser Ablehnung bleiben wird. Der indirekte Gegenvorschlag des Bundesrates in Form einer Revision des Bundesgesetzes über den Umweltschutz ist nämlich nichts anderes als die Ausführungsgesetzgebung zur Initiative. Das von der Initiative angestrebte Ziel wäre einfach mit etwas anderen Mitteln auf einer leicht gestreckten Zeitachse realisiert worden. Ich will nicht länger ausholen. Da dieser indirekte Gegenvorschlag also mit grösster Wahrscheinlichkeit versenkt wird, erhält das Schweizer Volk Gelegenheit, sich zu dieser radikalen Initiative zu äussern, und das ist gut so. Für einmal geht die Rechnung der Initianten nicht auf, die darin besteht, mit extremen Forderungen daherkommen, um dann dank eines Gegenvorschlages Teilziele zu erreichen. Ich äussere mich noch kurz materiell zur Initiative selber: Die in der Initiative geforderten Massnahmen werden in keinem anderen Land umgesetzt. Mögliche Konsum- und Produktionsverbote würden nach unserer Beurteilung nicht nur

Arbeitsplätze vernichten, sondern auch neue Handelshemmnisse schaffen und damit die Wirtschaft gefährden. Selbst der Bundesrat ist der Ansicht, dass die Umsetzung der Initiative einen abrupten Strukturwandel mit negativen Beschäftigungseffekten und sehr hohe volkswirtschaftliche Kosten zur Folge hätte. Zudem gehört die Schweizer Wirtschaft, ich halte es wieder einmal mit Nachdruck fest, zu den nachhaltigsten der Welt, und dies ohne überbordende staatliche Eingriffe, das zeigen zahlreiche Studien und internationale Rankings. So steht die Schweiz in den Rankings des Weltwirtschaftsforums und des Weltenergieindex, um zwei Beispiele zu nennen, jeweils an erster Stelle. Diese Spitzenpositionen sind im Besonderen auch das Resultat diverser Anstrengungen der verschiedenen Branchen, die eigene, praxisnahe und wirtschaftliche Massnahmen umsetzen. Ich meine damit beispielsweise die Branchen Textilreinigung, Farben und Lacke, Lebensmittelgewinnung und -verarbeitung oder die Energieagentur der Wirtschaft.

Es ist also beileibe nicht so, dass man die Schweizer Industrie behördlich lehren muss, mit Energie und Rohstoffen sorgfältig und sparsam umzugehen. Sie tut das seit Langem, weil gerade auch die Bereiche Material und Energie nach dem Personal zu den grossen Kostenblöcken zählen. Unser Land hat es im internationalen Vergleich immer geschafft, Wohlstand und Umweltschutz in Einklang zu bringen. Damit dies so bleibt, brauchen Schweizer Firmen ein innovationsfreundliches Umfeld mit marktwirtschaftlichen Anreizen. So bleiben diese international konkurrenzfähig und entwickeln laufend Technologien und Lösungen, auch im Umweltbereich. Gerade im Umfeld der Frankenstärke wären neue Regulierungen und Vorschriften, die einen zusätzlichen Aufwand, steigende Produktionskosten und neue Handelshemmnisse bedeuten, Gift. Sie würden nur unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit schwächen und damit das Risiko einer Verlegung der Produktion ins Ausland erhöhen – und dies, ohne die globale Ressourcensituation zu verbessern.

Aus diesen Gründen empfehlen wir diese Initiative entschieden zur Ablehnung.

**Girod Bastien (G, ZH):** Sie behaupten, die Initiative verlange Konsum- und Produktionsverbote und verlange Massnahmen, welche in anderen Ländern nicht umgesetzt werden. Das nährt etwas meinen Verdacht, dass Sie den Initiativtext gar nicht gelesen haben. Können Sie denn sagen, wo im Initiativtext solche Massnahmen formuliert sind, welche in anderen Ländern nicht ergriffen werden?

**Knecht Hansjörg (V, AG):** Wir sehen die Gefahr der Ausweitung von Konsum- und Produktionsverboten. Das ist ja eine Initiative, es geht um die Verfassung, und im Gesetzgebungsprozess besteht dann die Gefahr, dass das entsprechend ausgestaltet wird.

**Nussbaumer Eric (S, BL):** Die Volksinitiative «Grüne Wirtschaft» will eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft ermöglichen, geschlossene Stoffkreisläufe fördern und dafür sorgen, dass die wirtschaftlichen Tätigkeiten die natürlichen Ressourcen nicht beeinträchtigen, zugespitzt gesagt: nicht weiter ausbeuten.

Das Anliegen einer ressourcenschonenden Wirtschaft ist wichtig und wird von niemandem, ausser vielleicht von Kollege Wasserfallen, ernsthaft bestritten. Ja, wir brauchen den Paradigmenwechsel: weg von der Wegwerfwirtschaft, hin zu einer Kreislaufwirtschaft. Die privaten Haushalte, die Unternehmen und die öffentliche Hand benötigen auch langfristig genügend natürliche Ressourcen in ausreichender Qualität. Unser heutiges Wirtschaften aber führt zu einer Übernutzung von Boden, Wasser, Luft und Rohstoffen. Es trägt bei zur Urwaldzerstörung, es trägt bei zur Überfischung, zum Klimawandel und generell zur Rohstoffverknappung. Landkonflikte; Hunger und Armut verschärfen sich dadurch weltweit. Sie wissen, mehr als die Hälfte der Umweltbelastung, die sich aus dem Schweizer Konsum ergibt, fällt im Ausland an.

Natürlich ist nicht alles schlecht, was die Schweizer Wirtschaft bereits tut. Zahlreiche inländische Unternehmen haben in Ressourcen- und Energieeffizienz investiert, das wissen und das anerkennen wir. Unter anderem in der Abfall- und Rohstoffpolitik bestehen aber wesentliche Potenziale für weitere Verbesserungen. Ziel ist, noch offene Stoffkreisläufe zu schliessen, mehr Recyclingrohstoffe zu verwenden und den Rohstoffbedarf und die Abfallproduktion zu reduzieren. Gegen die Hälfte der Kosten in der industriellen Produktion geht auf den Materialverbrauch zurück. Die Initiative geht darum auf ein Problem ein, das nicht gelöst ist. Dazu gehören das Recycling von Plastik, Phosphor, Metallen, Bioabfällen, Sand oder Kies. Weiter soll die Herstellung von Palmöl, Soja, Torf, Kakao, Kaffee, Baumwolle oder Fisch internationale Umweltstandards erfüllen. Um die Urwaldabholzung zu bekämpfen, braucht es ein Importverbot für illegal geschlagenes Holz, wie es die EU seit dem Jahr 2013 bereits kennt. Ein Abseitsstehen der Schweiz in dieser Frage kann dazu führen, dass Schweizer Unternehmen von Exportmärkten ausgeschlossen werden.

Das geltende Umweltschutzgesetz sieht keine langfristige Zielsetzung zur Schonung der Ressourcen und zur Verbesserung der Ressourceneffizienz vor. Mit einer Revision dieses Gesetzes wollte der Bundesrat deshalb das berechnete Anliegen der Volksinitiative aufnehmen. Die SP, wie auch breite Kreise der Wirtschaft, hat diesen indirekten Gegenvorschlag unterstützt. Dieser Gegenvorschlag hätte zu einem Rückzug der Initiative führen können. Die Kommissionen – vor allem die Ratsrechte – hat vom Vorschlag kaum etwas übrig gelassen und ging sogar hinter das geltende Gesetz zurück. Der Nationalrat hat das wenige, was vom indirekten Gegenvorschlag noch übrig geblieben ist, abgelehnt. Die Hoffnung, dass es doch noch zu einem griffigen Gegenvorschlag kommt, ist klein, und die Initiative ist deshalb umso dringlicher. Die Forderung nach einer Kreislaufwirtschaft und einer Reduktion des nichtnachhaltigen Ressourcenverbrauchs entspricht einer heute notwendigen Weiterentwicklung der Umweltpolitik.

Die Übernutzung, die Ausbeutung natürlicher Ressourcen äussert sich beim Klimawandel, beim Verlust an Biodiversität und bei der Verknappung des Bodens. Die zu hohen Konzentrationen von Feinstaub usw. tragen das Ihrige dazu bei. Würden weltweit alle Menschen so leben wie wir – das wurde bereits gesagt –, dann würden wir drei Erden brauchen. Steigt der Druck weltweit auf die natürlichen Ressourcen weiter, kann es, das wissen Sie, zu natürlichen Versorgungsengpässen kommen. Ein Nichthandeln kommt uns alle teuer zu stehen. Das, geschätzter Kollege Knecht, schadet unserer Wirtschaft, wenn wir nicht handeln und wenn wir hier einfach zusehen, wie weiter ausgebeutet und endliche Ressourcen verbraucht werden.

Die SP-Fraktion beantragt aus diesen Gründen Zustimmung zur Minderheit Jans.

**Nordmann Roger (S, VD):** L'initiative populaire «Economie verte» – soutenue par le Parti socialiste – veut introduire un nouvel article 94a visant à favoriser une économie durable et fondée sur une gestion efficiente des ressources et à faire en sorte que l'activité économique n'épuise pas les ressources naturelles. Elle prévoit la transformation en une économie circulaire. Notre consommation en ressources naturelles – rapportée à la population mondiale – ne doit pas excéder ce qu'une seule planète peut fournir. Le but de l'initiative répond à un besoin impérieux. Les modes de production et de consommation en Suisse et dans d'autres pays conduisent à une surexploitation des ressources naturelles comme le sol, l'eau ou les matières premières.

L'initiative est nécessaire: nous gaspillons et nous consommons trop! Le changement climatique, la perte de biodiversité ou la raréfaction des terres disponibles mettent en lumière la problématique. Nous toutes et tous en paierons chèrement les coûts externes – et nous les payons déjà d'ailleurs. L'humanité produit et consomme comme si elle disposait d'une planète de réserve.



Si des biens essentiels comme l'eau, le sol, un air non pollué, la biodiversité, les sources d'énergie ou les métaux venaient à ne plus être disponibles en quantité ou en qualité suffisantes, la qualité de vie de la population et notre système économique seraient compromis. Les immenses défis auxquels se trouve confrontée la communauté mondiale ont motivé les diverses initiatives et stratégies pour une économie verte.

Le but de l'initiative est de revoir l'ensemble des prescriptions portant sur la production, la commercialisation et l'utilisation des différents produits, ainsi que sur la gestion des déchets et de les adapter aux principes de l'économie circulaire.

L'initiative fixe un cap clair, celui de la durabilité. Il ne s'agit pas d'un de ces textes constitutionnels qui se perdent dans les détails. Le détail des mesures sera fixé au niveau de la loi et des ordonnances.

Nous vous recommandons de soutenir l'initiative parce que le cap est absolument juste: faire converger notre utilisation des ressources naturelles avec ce que la terre peut livrer.

Actuellement, la divergence s'accroît. Or, accroître la prospérité des sociétés humaines en continuant de consommer de la même manière ne peut que conduire à l'effondrement du système économique dès que les ressources naturelles, en particulier l'énergie et les matières premières, seront épuisées. Car les lois de la physique sont incontournables: aucun phénomène physique ou économique ne va jusqu'à l'infini dans un système fermé tel que la terre.

Il faut donc assainir les bases de notre système économique pour que la prospérité soit durable et ne soit pas un feu de paille. Plusieurs civilisations ont disparu après avoir épuisé leurs ressources à l'échelle locale. Maintenant, la question se pose à l'échelle globale, et vu la vitesse à laquelle nous surconsomons les ressources, il est urgent de s'adapter.

C'est ce que font ces jours les chefs d'Etat et de gouvernement à la Conférence de Paris sur le climat, et c'est ce que nous devons faire aujourd'hui en recommandant l'adoption de l'initiative.

Je vous remercie donc de soutenir l'initiative.

**Chevalley** Isabelle (GL, VD): Je commencerai par un proverbe amérindien qui disait: «Lorsque l'homme aura tué le dernier animal, abattu le dernier arbre, pollué la dernière rivière, pêché le dernier poisson, alors seulement il se rendra compte qu'il ne peut pas manger l'argent.»

Les Universités de Yale et de Columbia ont développé un indice de performance environnementale pour évaluer le résultat des politiques de protection de l'environnement. Cet indice synthétise 16 critères: les énergies renouvelables, les émissions de CO<sub>2</sub>, le niveau technologique de l'agriculture, le taux d'ozone dans l'air, etc. Le grand gagnant de ce classement, c'est la Suisse.

Que signifie ce résultat, Monsieur Wasserfallen? Que l'on peut très bien allier écologie et économie, contrairement à ce que vous affirmez. En effet, notre pays a une économie florissante que beaucoup de pays nous envient. Pourtant, on a aussi réussi à mettre en place des actions environnementales, grâce à certains partis politiques et à la population qui a mis une certaine pression sur les élus. Aujourd'hui, ces mesures sont devenues un exemple au niveau mondial. En fait, la Suisse est un pays vert/libéral!

L'initiative «Economie verte» veut simplement prolonger cette situation de fait. Il n'y a rien de révolutionnaire dans cette initiative, en tous les cas rien qui péjorerait notre économie, bien au contraire.

Lorsqu'il est demandé à la Confédération d'encourager la recherche et l'innovation, cela va directement profiter à l'économie. Même Economiesuisse le dit, puisque dans son argumentaire que l'on vient de recevoir concernant les coupes budgétaires planifiées, elle dit: «Les coupes dans le domaine de la recherche et de la formation pèsent davantage sur la prospérité économique que celles réalisées dans d'autres domaines.»

Lorsque l'on parle de taxes d'incitation, elles existent déjà, par exemple la taxe anticipée de recyclage. Chaque

consommateur paie quelques centimes sur une bouteille de PET à l'achat, et cet argent va servir au recyclage de cette même bouteille. Cela permet de soulager les finances publiques et d'appliquer le principe très libéral du pollueur-payeur.

Enfin, la fermeture des cycles de vie des matériaux, ce n'est rien d'autre que sécuriser l'approvisionnement pour nos entreprises. Prenons le cas des terres rares, utilisées dans de nombreux appareils électroniques. Il en existe trois gros gisements à travers le monde: en Chine, en Australie et en Californie. Le problème est qu'en 1985, la Chine a cassé les prix et a forcé du coup la Californie et l'Australie à fermer leurs mines. Le résultat est qu'aujourd'hui la production mondiale des terres rares est à plus de 90 pour cent chinoise. Nous avons des gisements de terres rares incroyables dans nos déchets, mais une fois triés, ces derniers retournent en Chine pour être recyclés. Pourquoi ne pas le faire en Suisse? Pour des raisons géopolitiques?

Nous ne pouvons pas constamment prendre les éléments dans le sous-sol de la terre, cette stratégie aura tôt ou tard une fin. Organiser la réutilisation des matériaux va créer une nouvelle activité économique dans notre pays et permettre de sécuriser l'approvisionnement de certains composants pour nos entreprises.

Cette initiative aurait dû être déposée par le PLR et non par les Verts; il est dommage que le parti qui dit défendre l'économie ne le fasse pas réellement.

En ce qui concerne les Vert/libéraux, nous serons fidèles à notre réputation de parti qui défend le mieux l'économie au Parlement et nous soutiendrons cette initiative.

**Bäumle** Martin (GL, ZH): Die vorliegende Initiative der Grünen strebt eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft mit der Förderung von geschlossenen Stoffkreisläufen an. Die wirtschaftlichen Tätigkeiten sollen das Potenzial an natürlichen Ressourcen nicht beeinträchtigen und die Umwelt möglichst wenig gefährden und belasten. Dies soll der Bund insbesondere mit Forschung, Innovation und Synergien fördern. Er soll Vorschriften für Produktionsprozesse, Produkte und Abfälle erlassen und insbesondere auch haushaltneutrale Lenkungssteuern auf dem Verbrauch von natürlichen Ressourcen erheben können. Als Ziel soll der ökologische Fussabdruck der Schweiz bis 2050 auf eine Erde reduziert werden.

Die Initiative ist im Kern gut. Die Zielsetzung in der Übergangsbestimmung ist richtig. Die Übergangsbestimmung fordert, dass wir bis 2050 unseren Fussabdruck auf 1 bringen. Der Fussabdruck wird zu einem wesentlichen Teil durch den Verbrauch von nichterneuerbaren Energien bestimmt. Heute ist der Fussabdruck der Schweiz etwa bei 5. Eigentlich müsste es jedem Kind und insbesondere jedem Finanzpolitiker klar sein, dass wir langfristig nicht mehr verbrauchen können, als der Planet hergibt, und dass daher langfristig jeder Weg zu diesem Ziel führt. Der CO<sub>2</sub>-Ausstoss muss zur Vermeidung eines Klimarisikos um mindestens 80 Prozent oder einen Faktor 5 reduziert werden – da ist sich die Wissenschaft einig.

Die vorliegende Initiative definiert nur das Ziel, lässt den Weg aber offen. Man kann fördern, Gesetze und Vorschriften erlassen oder eine Lenkungsabgabe einrichten. Für die Grünliberalen ist klar: Der Weg muss über möglichst wenig Vorschriften mit einer gezielten Förderung und insbesondere mit marktwirtschaftlichen Lenkungsabgaben gehen. Ich sage es ganz ehrlich: Ohne eine wirksame und hohe Lenkungsabgabe auf Energie und Ressourcen wird die Umsetzung im Inland kaum möglich sein.

Eine etwas schlitzohrige Umsetzung wäre die Kompensation des Fussabdrucks mehrheitlich im Ausland. Dies wäre kosteneffizienter und würde die Zielerreichung ermöglichen. Eine reine Inlandumsetzung mit Vorschriften und Fördern würde aber sehr dirigistisch; das ist die Kritik, die die Gegner anbringen. Das sehen wir auch bei der Energiewende, wo wir eine schwierige Ausgangslage haben. Je mehr wir ohne Lenkung erreichen wollen, desto mehr Vorschriften müssen wir machen; je mehr wir in die Lenkung gehen, desto mehr

können wir auf Vorschriften verzichten. Nur, der Wille, mehr Lenkung zu machen, war bisher nicht zu spüren.

Ich mache dazu eine Klammerbemerkung: Wir Grünliberalen haben mit unserer Initiative einen fundamentalen Ansatz für ein Lenkungssystem vorgeschlagen mit dem Ziel, einen kleineren Fussabdruck herbeizuführen. Unsere Berechnungen haben gezeigt, dass wir mit unserem Instrument, einer sehr hohen Lenkungsabgabe – die von der Bevölkerung überdeutlich, auch dank der SP, abgelehnt wurde –, bis 2050 einen Fussabdruck von rund 2,5 hätten erreichen können. Das Ziel, einen Fussabdruck von 1 zu erreichen, wäre zwischen 2070 und 2100 erreichbar gewesen.

Die Grünliberalen werden das Anliegen heute aber klar unterstützen. Wir sind den Grünen die Unterstützung auch schuldig, weil sie die Einzigen waren, die unsere Initiative ebenso klar unterstützt haben. Wie wir haben auch die Grünen zu Recht auf einen Gegenvorschlag gehofft, den der Bundesrat ja auch vorgelegt hat. Der Gegenvorschlag wäre ein vernünftiger, massvoller Schritt in die richtige Richtung gewesen; der Bundesrat hat das anerkannt. Das Parlament hat diesen Gegenvorschlag dann noch massiv abgeschwächt, sodass eigentlich alle Bedenken vom Tisch waren. Sogar ein grösserer Teil der Wirtschaft hat diesen Gegenvorschlag unterstützt, im Sinne von: Etwas, was eine sinnvolle und notwendige Anpassung bringt, ist zu präzisieren, aber es soll nicht überreguliert werden. Genau darum wurde dieser Gegenvorschlag auch von der Wirtschaft mitgetragen. Ich finde es komplett falsch, wenn ein Parlament einen solch pragmatischen Gegenvorschlag nicht akzeptiert, insbesondere dann, wenn die Initianten bereit sind, ihre Initiative zugunsten eines Gegenvorschlages zurückzuziehen. Die Grünen haben aber zwei Initiativen im Köcher – das ist eine kleine Ermahnung –: diese und jene zum Atomausstieg. Beide sind im Grundsatz richtig, gehen inhaltlich in der konkreten Formulierung aus unserer Sicht aber sehr weit oder vielleicht zu weit. Bei beiden sehen Bundesrat und Parlament zwar Handlungsbedarf, beiden verweigert das Parlament aber konkret einen pragmatischen Gegenvorschlag. Damit stehen die Grünen, wie wir auch schon, vor der Entscheidung, ob sie mit zwei Initiativen in die Abstimmung gehen sollen. Sie müssen sich überlegen, mit welcher man beim Volk gegebenenfalls ein positives Signal auslösen kann und mit welcher man allenfalls nur ein negatives Signal gegen die Lösung oder gegen die Zielsetzung erhält.

Wir Grünliberalen werden die Initiative heute unterstützen, weil wir die Zielvorstellung teilen – diese ist richtig und zwingend –, weil der Weg offen formuliert ist, weil der Handlungsbedarf klar gegeben ist und weil ein pragmatischer Gegenvorschlag in diesem Rat keine Mehrheit gefunden hat.

**Girod Bastien (G, ZH):** Kollege Bäumle, jetzt muss ich zu Ihrer Zahl doch eine Frage stellen. Sie haben gesagt, mit der Initiative der Grünliberalen wäre der Fussabdruck auf 2,5 reduziert worden. Heute sind wir ja bei 2,8. Die ganze Initiative hätte also bis 2050 nur eine Reduktion von 15 Prozent gebracht?

**Bäumle Martin (GL, ZH):** Herr Girod, ich habe es Ihnen schon unter vier Augen erklärt: Ihre Berechnungen zum Fussabdruck sind nicht ganz richtig. Der ökologische Fussabdruck in der Schweiz erreicht pro Person den Wert von 5 und müsste auf 1 zurück; das ist die Realität, welche mit Ihrer Initiative gefordert wird. Das ist richtig in der Stossrichtung, aber wir müssen bei den Fakten, bei den Zahlen korrekt sein.

**Bourgeois Jacques (RL, FR):** L'initiative qui nous est soumise part d'une bonne intention, à savoir de veiller à une gestion efficiente de nos ressources. Personne ne peut contester que nous devons veiller à préserver nos ressources naturelles, notamment le sol, comme cela a été évoqué tout à l'heure.

Toutefois, l'initiative met la charrue avant les boeufs et ne tient pas compte des mesures déjà prises. Dans son rapport du 31 janvier 2013, faisant suite au postulat 10.3373, «Eco-

nomie verte», que j'avais déposé en juin 2010, le Conseil fédéral mentionne de nombreux travaux réalisés sur le plan politique et qui contribuent à une utilisation efficace des ressources naturelles. Il cite des politiques énergétiques que nous débattons actuellement, mais aussi la politique relative au développement territorial, la politique agricole ou encore la Stratégie biodiversité que nous débattons prochainement.

Ces politiques, ces stratégies et ces programmes sectoriels sont chapeautés par la Stratégie pour le développement durable du Conseil fédéral. Tous les quatre ans, cette stratégie est renouvelée dans le cadre du programme de législation. Ainsi, le 8 mars 2013, le Conseil fédéral a approuvé son plan d'action «Economie verte», qui comprend 27 mesures articulées autour des quatre domaines suivants:

1. La consommation et la production. L'objectif est d'améliorer les informations concernant l'impact environnemental des produits et de renforcer de manière ciblée l'offre de biens de consommation plus respectueux de l'environnement.

2. Les déchets et les matières premières. L'objectif est d'améliorer l'efficacité dans l'utilisation des matières premières et de refermer les cycles des matières.

3. Les instruments transversaux. Le Masterplan Cleantech vise à mieux faire connaître et à promouvoir à l'étranger le rôle pionnier que la Suisse joue dans le domaine de l'économie verte.

4. Le suivi des objectifs qui doit permettre de mesurer l'ensemble des progrès accomplis, présenter des rapports périodiques, sensibiliser le grand public et dialoguer avec les milieux économiques, la communauté scientifique et la société civile.

Le Conseil fédéral voit, par conséquent, son rôle avant tout dans la création de bases d'informations nécessaires aux décisions politiques, dans la mise en place de meilleures conditions-cadres économiques et environnementales et dans l'encouragement de l'innovation, comme mentionné au sein du rapport précité.

Nous pouvons ainsi constater que le Conseil fédéral et le Parlement ne restent pas les bras croisés face à une meilleure gestion de nos ressources naturelles. Nous n'avons pas attendu de nouvelles prescriptions pour agir. Je pense en particulier au programme Réseau soja suisse, mis en place volontairement au sein de la branche alimentaire, avec pour objectif de n'importer que du soja répondant aux critères de la responsabilité. Il pourrait être également un modèle pour résoudre le problème du phosphore.

Je regrette que les auteurs de l'initiative populaire «Economie verte», déposée pour mémoire le 6 décembre 2012, par conséquent avant les décisions prises par le Conseil fédéral, ne tiennent pas compte des décisions et des mesures prises depuis lors. Vouloir fixer des objectifs restrictifs en s'appuyant sur des mesures contraignantes, comme la mise en place de mesures fiscales ou budgétaires, c'est prendre la carotte et le bâton. C'est également faire fi des situations économiques préoccupantes qui se dégradent en raison de notre franc fort. Nous devons éviter d'en rajouter une couche et d'édicter de nouvelles prescriptions qui détérioreront encore plus notre place économique. Freinons la délocalisation rampante. Ce sont nos emplois et notre prospérité qui sont en jeu.

Pour toutes ces raisons, je vous recommande, également au nom du groupe libéral-radical, de rejeter cette initiative populaire. Ne mettons pas la charrue avant les boeufs. Laissons au plan d'action de la Confédération le temps de déployer ses effets et évitons de détériorer encore plus notre place économique.

**Bertschy Kathrin (GL, BE):** Wir verbrauchen in unserem Land derart viel Ressourcen und Energie, dass wir eigentlich 2,8 Welten zur Verfügung haben müssten, um diesen Konsum als nachhaltig bezeichnen zu können. Die Initiative «Grüne Wirtschaft» verlangt eigentlich nur das, was jeder vernünftig denkende Mensch auf die Länge für diesen Planeten fordern muss. Die Initiative verlangt, dass Bund, Kan-



tone und Gemeinden eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft anstreben. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Die heutige Wirtschaftsweise ist weder nachhaltig, noch ist sie gerecht und solidarisch mit den nächsten Generationen. Es kann nicht so weitergehen, dass wir viel mehr Ressourcen für uns und unser Land beanspruchen, als auf die gesamte Menschheit hochgerechnet eigentlich zur Verfügung stehen. Es ist mir auch klar, dass wir nicht in kürzester Zeit zur geforderten Nachhaltigkeit, zu einem Planeten für alle, kommen können. Wir sind aber gefordert, diesen Pfad viel klarer und rascher zu beschreiten und uns auf den Weg dahin zu machen.

Der Status quo bedeutet, eine Wirtschaftsweise zu befürworten, die die natürlichen Ressourcen weiterhin stark übernutzt und den Druck auf die natürlichen Ressourcen erhöht – in Zukunft wegen des Wirtschafts- und Bevölkerungswachstums noch stärker. Es ist eine Wirtschaftsweise, die aus Klimawandel, Überfischung und Abholzung Profit schlägt und letztendlich ihre eigene Wirtschaftsgrundlage zerstört.

Die Bevölkerung hat die Wahl zwischen dem Status quo und der Initiative, die einen Weg vorschlägt, den wir – das müssen wir sagen, wenn wir ehrlich sind – sowieso werden beschreiten müssen. Es stellt sich einzig die Frage, wie lange wir diesen Anpassungsprozess noch aufschieben, wie lange wir noch auf Kosten anderer und auf Kosten der nächsten Generationen leben.

Es ist ein Weg, der Ressourcen schonen will, der Ressourcen effizienter nutzen will und der sich mit internationalen Zielen deckt. Es ist ein Weg, der Probleme, die schlicht nicht gelöst sind, angeht, indem wir Plastik oder Phosphor besser recyceln oder indem wir für ökologisch sensible Rohstoffe wie Palmöl, Fisch, Soja, Torf verstärkt international zusammenspannen und internationale Standards einhalten. Das ist nicht nur ökologisch selbstverständlich, es ist genauso ökonomisch selbstverständlich und notwendig, weil die Kosten des Zuschauens laufend anfallen, diese aber nicht von den Verursachenden getragen werden, sondern auf die öffentliche Hand, die Steuerzahlenden der nächsten Generation, überwälzt werden. Diese Schulden können und dürfen wir uns nicht leisten und auch nicht den nächsten Generationen überlassen.

Ich bitte Sie darum, die Initiative zu unterstützen.

**Heim Bea (S, SO):** Mein Kanton, der Kanton Solothurn, ist ein Energie- und Industriekanton. Wir haben ein AKW, das aus importiertem Uran hochgefährlichen Atommüll produziert, für dessen sichere Lagerung auch 36 Jahre nach Inbetriebnahme keine Lösung besteht. Wir haben aber auch Wasserkraftwerke, die erneuerbare Energie der traditionellen Art produzieren. Und wir haben seit zwei Jahren die grösste Solaranlage der Schweiz, seit ein paar Wochen auch das leistungsfähigste Solarkraftwerk des Landes. Sie produzieren die erneuerbare Energie der Zukunft.

Kanton und Region Solothurn haben auch einen grossen Anteil an energieintensiven Industrien. Zement- und Papierhersteller und das Stahlwerk sind wichtige Arbeitgeber, und sie sind auf eine sichere und bezahlbare Energieversorgung angewiesen. Sie haben in den vergangenen Jahren viel für die Energieeffizienz getan. Das rechnet sich. Sie leiden nicht unter der Energiewende. Sie leiden unter dem starken Franken und den blockierten Verhandlungen mit der EU. Ja, die Wirtschaft macht viel auf freiwilliger Basis, weil es sich eben bereits rechnet. Doch gemessen am effektiven Handlungsbedarf sind es nur Tropfen auf den heissen Stein.

Wir müssen die Rahmenbedingungen für den Einstieg in eine ressourcenschonende Wirtschaft verbessern. Das Geld dafür ist vorhanden, wenn der politische Wille vorhanden ist. Es ist da, bei der Wirtschaft, beim Staat und bei den Privaten. Die Schweiz importiert jedes Jahr Energie für 13 Milliarden Franken. Diese enorme Summe landet überwiegend in den Taschen von intransparenten Rohstoffspekulanten und autokratischen Regimen, die zum Teil erst noch Terrornetzwerke unterstützen. Diese Milliarden können wir gescheiter

investieren, eben in die Energiewende, in eine nachhaltige Wirtschaft.

Es macht keinen Sinn, weiterhin Tonnen über Tonnen von Abfällen zu verbrennen und das Klima mit zusätzlichen CO<sub>2</sub>-Tonnagen zu belasten. Mit Investitionen in die Effizienztechnologie können wir den Materialverbrauch reduzieren; Materialverbrauch bedeutet Abfälle und Altlasten. Noch heute muss die öffentliche Hand Millionen an Steuergeldern verpulvern, um die Böden zu sanieren, die längst weggezogene Industriebetriebe in den vergangenen Jahrzehnten verseucht haben.

Der harte Franken, den wir seit der Aufgabe des Mindestkurses durch die Schweizerische Nationalbank haben, schüttelt den Arbeitsmarkt durch; die Deindustrialisierung ist längst in vollem Gange. Tausende von Jobs in der Industrie sind bereits verschwunden, entweder mit einem Knall und mit öffentlichem Aufsehen oder aber schleichend. Es sind Jobs, die nie mehr zurückkommen. Da weisen die Energiewende und die vorliegende Initiative den richtigen Weg. Der ökologische Umbau der Wirtschaft macht eben auch ökonomisch Sinn. Diese Initiative öffnet das Tor zu einer ökologischen Zukunft, sie schafft Tausende von nachhaltigen, zukunfts-trächtigen, anständig bezahlten Jobs in Forschung und Industrie, im Gewerbe und in KMU. Sie macht uns unabhängiger von Importen, sie holt die Wertschöpfung ins Land zurück, und sie sorgt dafür, dass wir unseren Kindern und unseren weiteren Nachkommen eine zumindest halbwegs intakte Umwelt übergeben können. Die Ziele der Initiative sind für unseren Planeten unverzichtbar, wie der welsche Kommissionsprecher zu Recht gesagt hat, denn einen Planeten B haben wir nicht.

Aus all diesen Gründen sage ich Ja zu dieser Initiative, die zukunftsgerichtet und der Weg der Vernunft ist. Tun Sie das bitte auch. Sie setzen damit ein klares Zeichen, ein Zeichen der Weitsicht und der Verantwortung, ein Zeichen, das die vielen Menschen, die dieser Tage für das Klimaabkommen auf die Strasse gegangen sind, von uns erwarten.

Sagen Sie also Ja zum Antrag der Minderheit Jans.

**Büchel Roland Rino (V, SG):** Geschätzte Kollegin Heim, in Ihren Fantasien zur grünen Wirtschaft reden Sie jetzt von Tausenden von anständig bezahlten Jobs, die da kreiern würden. Wollen Sie somit sagen, dass die jetzt von der Wirtschaft bereitgestellten Jobs nicht anständig entlohnt werden?

**Heim Bea (S, SO):** Nein, ich will damit sagen, dass das zukunfts-fähige Arbeitsplätze mit Perspektiven sind.

**Grin Jean-Pierre (V, VD):** Cette initiative populaire, il faut le répéter, vise à obliger la Confédération à fixer des objectifs et à introduire des réglementations exhaustives ainsi que de nouveaux impôts, dans le but de freiner la consommation des ressources, d'inciter à la fermeture des cycles de matières et de réduire la pollution.

En cas d'acceptation de l'initiative, la Confédération pourrait instaurer de nombreux impôts et interférer ainsi dans l'ensemble des processus économiques de production suisses. Cela pourrait aussi provoquer un renchérissement de la consommation de divers produits et de l'utilisation du sol et du terrain. Les objectifs de cette initiative sont difficilement réalisables car, en cas de mise en oeuvre, l'économie et les consommateurs seraient submergés d'interdictions, de réglementations et de nouveaux impôts, ce qui occasionnerait des dommages durables pour notre économie.

Les mesures réclamées par l'initiative sont dangereuses. Aucun autre pays n'étudie ou n'a mis en oeuvre de telles mesures. Elles causeraient des dommages de taille à l'économie et à la société. Les interdictions en matière de consommation et de production qui seraient introduites dans la loi feraient disparaître de nombreux emplois, créeraient des obstacles au commerce et affaibliraient sensiblement la compétitivité et la prospérité de la Suisse, lesquelles sont déjà mises à mal ces temps-ci par le franc fort.

La transition vers une économie verte est un défi mondial. En tant que fournisseur mondial d'innovations et de technologies de pointe, la Suisse exerce déjà un effet de levier énorme. Notre pays occupe régulièrement une position de pointe dans les classements internationaux, dans le domaine de l'environnement, et cela sans intervention étatique excessive. En tant que petit pays, la Suisse peut démultiplier sa contribution à l'amélioration de la situation environnementale et en matière de ressources, en créant les bonnes conditions-cadres et en veillant à préserver une capacité d'innovation élevée au sein de notre économie.

En cas d'acceptation, l'initiative populaire aurait l'effet inverse de celui escompté: l'économie suisse s'affaiblirait et pourrait contribuer dans une moindre mesure à la résolution des problèmes environnementaux mondiaux. Car pour faire de l'écologie et du social, on a besoin de l'argent de l'économie; ce triangle est indissociable! Nous devons veiller effectivement à gérer efficacement nos ressources, mais pas de la manière proposée par cette initiative. Par exemple, une agriculture productive et de proximité est une manière parmi beaucoup d'autres de gérer une économie durable, en évitant certains transports.

Je vous demande donc de recommander au peuple et aux cantons le rejet de cette initiative.

**Regazzi Fabio (C, TI):** Cosa accomuna l'Environmental Performance Index 2013 della Yale e Columbia University, il World Energy Council Sustainability Index 2013, il Sustainable Competitiveness Report del WEF 2013/14 o il Decoupling Report dell'UNEP 2011? Tutti questi indicatori issano la Svizzera al primo posto in classifica per quel che riguarda la protezione dell'ambiente, l'utilizzo parsimonioso delle risorse o la conciliazione tra crescita economica ed efficienza delle risorse. Possiamo dunque sederci sui nostri allori – e che allori! – e lasciare agli altri gli sforzi in materia di protezione dell'ambiente e delle risorse? Guai a farlo! Figurare ai vertici delle principali classifiche sulla sostenibilità ambientale non è solo un onore, ma una missione per un'economia e una società avanzata come la nostra. O perlomeno è un dovere – e, diciamo, anche una grande opportunità – investire nelle cosiddette cleantech, le energie pulite, che alle nostre latitudini sono all'origine di un numero di brevetti depositati per persona tra, ormai lo intuirete, i più alti al mondo. E dunque più che lecito chiedersi dove trovi posto nel panorama politico l'iniziativa popolare Economia verde, oggetto dell'odierna discussione, che chiede che la Svizzera riduca la sua impronta ecologica entro il 2050 ad un pianeta Terra o, in altre parole, riduca il consumo di risorse di ben due terzi. Non ci vuole un luminare per capire che questo obiettivo è assurdo e irrealistico. Basti pensare che oggi solo economie sottosviluppate, che vivono di una produzione appena sufficiente per il Paese stesso, come il Togo o le Filippine, raggiungono l'impronta ecologica auspicata dagli autori dell'iniziativa.

Per raggiungere l'obiettivo, va da sé, l'iniziativa esige misure straordinarie, mai discusse o applicate in altre nazioni del mondo. Si parla infatti di divieti di produzione e consumo, nuovi ostacoli commerciali e limitazioni della concorrenza che danneggerebbero l'economia cancellando migliaia di posti di lavoro. La proposta è folle sotto diversi punti di vista ma soprattutto sotto quello delle conseguenze che potrebbe avere per l'economia svizzera in generale e per le aziende in particolare, soprattutto per le aziende piccole e medie, quelle che a parole tutti dicono di voler difendere.

Del resto, il controprogetto indiretto del Consiglio federale che doveva essere più moderato ha suscitato malumori e parecchie critiche negli ambienti economici per diversi motivi. Le riassumo brevemente perché sono a maggior ragione valide per l'iniziativa oggi in discussione che, come detto, è ben più radicale: gli oneri per l'economia e le aziende aumenterebbero a causa di nuove prescrizioni sulle informazioni sui prodotti, degli obblighi di garantire la rintracciabilità e il riutilizzo dei materiali e di altre disposizioni ancora. La libertà decisionale di imprese e consumatori sarebbero limitate, i costi amministrativi, soprattutto per le piccole e medie

imprese, drasticamente aumentati, e, *dulcis in fundo*, la burocrazia continuerebbe la sua inarrestabile avanzata.

La nota positiva: il Consiglio nazionale ha respinto, seppur di misura, il controprogetto. La nota negativa: le preoccupazioni in relazione a questa iperattività di regolamentare rimangono, e questa iniziativa popolare ed il relativo controprogetto ne sono solo l'ennesima riprova.

Regolarmente, in questa aula, sento parlare di preoccupazioni per imprese e impieghi di fronte al franco forte e la situazione economica dalle molte incertezze. Mai poi, nella pratica, da questi banchi e anche dallo stesso Consiglio federale escono iniziative o proposte con conseguenze poco trasparenti e con una certezza sola: per il loro corollario di prescrizioni, oneri e divieti andranno a gravare pesantemente sulle nostre aziende, sempre più confrontate con una burocrazia invadente ed asfissiante – e questo ve lo dice uno che nella sua attività di imprenditore lo vive quotidianamente.

La politica energetica elvetica, come quella in altri settori, avrà successo anche in futuro se riuscirà a conciliare la protezione e l'utilizzo delle risorse con le esigenze dell'economia. E da quest'ultima che giunge il progresso tecnologico che negli ultimi anni ha permesso passi da gigante di cui approfittano non solo la Svizzera ma tutti i Paesi industrializzati. Ed è in questo modo che la Svizzera sta contribuendo più di molti altri Paesi alla protezione del clima e dell'ambiente. Il resto appartiene ad una politica ideologica e dogmatica che mi auguro questo Parlamento sappia confinare al rango di esercizio di dialettica, evitando di perdere tempo con proposte utopiche ed irrealistiche.

Per tutte queste ragioni vi raccomando di respingere l'iniziativa popolare Economia verde e vi invito a fare altrettanto.

**Semadeni Silva (S, GR):** Io vi propongo esattamente il contrario di quanto ha detto il mio collega Regazzi.

Dell'economia verde si parla in questi giorni anche a Parigi, al summit internazionale sul clima: l'economia verde è l'economia del futuro, con un grande potenziale di progresso. Sì, perché sappiamo da decenni ormai che le materie prime – come l'acqua, il suolo, l'aria pulita, la biodiversità, le ricchezze del sottosuolo e dei mari – sono preziose, che la loro disponibilità non è illimitata, che bisogna favorirne l'utilizzazione rispettosa e tener conto dell'intero ciclo di vita dei prodotti. Sappiamo tutti che per affrontare le crescenti sfide ambientali e per mantenere la nostra qualità di vita occorre servirsi il più possibile di risorse rinnovabili, evitarne lo spreco, riciclare gli scarti, in breve: occorre cambiare passo per passo i modi di produzione e di consumo, affinché l'economia proceda sottobraccio all'ambiente. Lo sfruttamento indiscriminato delle risorse naturali è la causa, tra l'altro, dei cambiamenti climatici e della perdita di biodiversità, sviluppi globali negativi e costosi che si manifestano sempre più spesso anche in Svizzera.

Conviene dunque essere fra i primi ad agire, tanto più che, con il passaggio graduale all'economia verde, si aprono nuovi mercati, nuove tecnologie aumentano l'efficienza produttiva e la concorrenzialità delle imprese, si creano nuovi posti di lavoro e opportunità sostenibili di consumo. L'importanza del settore cleantech e la sua capacità di crescita è già oggi evidente. Ed è questo sviluppo che l'iniziativa popolare Economia verde vuole promuovere in Svizzera, vuole che si passi dalle buone intenzioni, citate dal mio collega Regazzi, ai fatti – con il sostegno della Confederazione. Sì, perché le misure facoltative delle imprese non bastano. E se tutti gli abitanti del mondo vivessero come noi svizzeri, ci vorrebbero i già nominati 2,8 pianeti Terra per soddisfare i bisogni di ognuno. Non abbiamo che un pianeta! L'economia verde deve diventare la normalità!

Accettando l'iniziativa popolare avremo tempo fino al 2050 per ridurre la nostra impronta ecologica da 2,8 pianeti ad uno. Questo obiettivo contenuto nella disposizione transitoria è sì ambizioso, ma in nessun modo «assurdo», «irrealistico» o addirittura «folle», come è stato detto prima. Si tratta di un obiettivo a lungo termine, da realizzare tappa per tappa in modo ragionevole e sostenibile – quindi sostenibile anche

per le imprese. E un obiettivo che collima con le mete internazionali per l'ambiente e il clima. Gli strumenti previsti per la sua attuazione non sono nuovi. L'iniziativa prevede misure per la promozione della ricerca e dell'innovazione; prevede prescrizioni sui processi produttivi, sui prodotti, sui rifiuti; prevede anche la possibilità di adottare incentivi fiscali e di introdurre tasse di incentivazione. E tutto questo affinché la responsabilità ecologica non gravi più solo sulle spalle dei consumatori e delle generazioni future.

Un'ultima considerazione: il Consiglio federale afferma che «alla luce delle urgenti sfide ecologiche, la richiesta dell'iniziativa ... è legittima». Il nostro Parlamento però, sotto l'influsso delle cerchie economiche meno lungimiranti, ha respinto il moderato controprogetto del nostro esecutivo. Così, per raggiungere l'obiettivo di un'economia verde in un prossimo futuro, non resta che raccomandare al popolo di accettare l'iniziativa. Ed è questo che anch'io sollecito, perché, come dice un bel proverbio indiano, non ereditiamo la Terra dai nostri antenati, ma la prendiamo in prestito dai nostri figli. Pensateci per piacere e sostenete la proposta di minoranza Jans.

**Fiala Doris (RL, ZH):** Es kann nicht um die unbedachte Einteilung oder gegenseitige Verurteilung jener gehen, die ökologisch allenfalls unterschiedliche Ansichten bezüglich der Erreichung des Ziels einer ressourceneffizienten Wirtschaft haben. Das Ziel ist klar und im Grunde ja auch unbestritten: Wir wollen Umweltschäden und Klimawandel entgegenreten. Wenn Nachhaltigkeit allerdings ausschliesslich rund um Klima und Umwelt diskutiert und definiert wird, Arbeitsplätze und Gesellschaftsfragen jedoch ausgeklammert werden, ist das wenig zielführend und kann gerade nicht nachhaltig sein. Auch in Fragen rund um Ökologie und Umweltschutz muss es um das Trilemma «Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Umweltschutz» gehen – so, wie es kürzlich die «Neue Zürcher Zeitung» beschrieben hat. Diskutieren wir das aktuelle Thema der Volksinitiative und den indirekten Gegenvorschlag vor diesem Hintergrund, dürfen wir feststellen, dass unser Land in einem Welt-Ranking kürzlich auf Platz eins stand und damit äusserst gut dasteht.

Das Ziel der Volksinitiative «Grüne Wirtschaft» ist unrealistisch, die Umsetzung wäre sehr teuer, vor allem auch äusserst dirigistisch und mit einer umsichtigen Wirtschaftspolitik unvereinbar. Wollten wir die von den Initianten gesetzten Ziele erreichen – wir haben es heute bereits mehrmals gehört –, müsste die Schweiz die Ressourcennutzung um 65 Prozent senken. Dies würde nicht nur Arbeitsplätze der Wirtschaft schmerzlich treffen, sondern auch die Bürgerinnen und Bürger ganz direkt einschränken. Nur äusserst wenig entwickelte Länder haben heute ja einen ökologischen Fussabdruck von eins, und leider geht ein sehr geringer Fussabdruck mit Armut einher. Unsere Schweizer Wirtschaft an solchen Zielen zu messen wäre wenig umsichtig, ökoromantisch und würde Arbeitsplätze und gesellschaftlichen Wohlstand einseitig gegen Umweltziele ausspielen.

Ich glaube an die Innovationskraft unserer Wirtschaft und unseres Landes. Der Staat soll die richtigen Rahmenbedingungen setzen und unsere Wirtschaft unterstützen, nicht zusätzlich belasten. Denn bereits heute ist unsere Wirtschaft längst selber daran interessiert, ressourcenschonend und dadurch auch kostensenkend zu produzieren. Dafür braucht sie keine übertriebenen Belehrungen, Zusatzgesetze oder Kostentreiber. Corporate Social Responsibility und insbesondere auch Umweltanliegen sind heute bereits ein grosses und sehr ernst genommenes Anliegen der Wirtschaft. Die Betriebe produzieren ressourcenschonend, sie sind sensibilisiert und innovativ, und zwar nicht nur die global agierenden Unternehmen, sondern auch kleinere Betriebe. Die Gefahr, dass wir die Rahmenbedingungen unserer Produktionsbetriebe beeinträchtigen, also die Deindustrialisierung noch weiter vorantreiben würden, wäre gross. Frankenstärke, hohe Löhne, Bürokratie, Fachkräftemangel und hohe Bodenpreise stellen bereits grosse Challenges dar. Zusätzliche, übertriebene Forderungen wären, auch wenn wir Umweltprobleme sehr ernst nehmen, zu viel für unseren

Standort, der bereits heute unter grossem Wettbewerbsdruck steht.

Ich danke Ihnen daher, wenn Sie dem Bundesrat und unseren Spezialisten der Kommission folgen und die Initiative zur Ablehnung empfehlen.

**Giroid Bastien (G, ZH):** Frau Kollegin Fiala, Sie haben hier einen Widerspruch zwischen der Initiative und Arbeitsplätzen konstruiert. Ist Ihnen bewusst, dass im Bereich Recycling sehr viele Arbeitsplätze bestehen, nur weil wir Recyclingvorschriften haben, und dass einfach alles in der Schweiz verbrannt und in China produziert würde, wenn wir diese Vorschriften nicht hätten? Ist das Ihr Vorschlag, dass einfach alles in China produziert und in der Schweiz verbrannt wird?

**Fiala Doris (RL, ZH):** Nein, das ist nicht mein Vorschlag. Ich setze mich denn auch für Recycling ein. Ihre sehr einseitige Betrachtungsweise klammert aber weitere nachhaltige Ziele aus. Ihnen geht es ausschliesslich um den Umweltschutz. Nachhaltigkeit betrifft eben auch Arbeitsplätze und Gesellschaftsfragen. Von daher würde ich sagen, dass Sie die Ziele unrealistisch hoch setzen, und dagegen wehren wir uns.

**Birrer-Heimo Prisca (S, LU):** Damit auch künftige Generationen ihre Bedürfnisse befriedigen können, braucht es Nachhaltigkeit in der Produktion und im Konsum. Derzeit konsumieren die rund 7 Milliarden Menschen auf der Erde mehr natürliche Ressourcen, als die Erde in der gleichen Zeit regenerieren kann. Ein solcher Lebensstil ist nicht nachhaltig. Ohne Rücksicht auf den natürlichen Kreislauf der Ressourcen werden diese früher oder später zur Neige gehen. Hier setzt nun die Volksinitiative «für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)» an. Der Initiativtext ist wahrlich nicht extrem, wie immer behauptet wird. Wir alle wissen, dass mit einer griffigen Revision des Umweltschutzgesetzes das Ziel einer grünen Wirtschaft erreicht werden kann, nur ist dieses Parlament leider nicht bereit, diese dringend notwendige Entwicklung anzustossen. Daher braucht es diese Initiative.

Aus Sicht der Konsumentinnen und Konsumenten ist eine intakte Umwelt als Basis unserer Lebensgrundlagen unabdingbar. Der nachhaltige Konsum wird für viele immer wichtiger. Der Energie- und Ressourcenverbrauch soll mitberücksichtigt und unnötiger Abfall vermieden werden. Doch vor dem nachhaltigen Konsum, den es auf allen Ebenen zu fördern gilt – wir kennen zum Beispiel gute Bewegungen wie Repair Cafés, die dem auch nachleben –, steht die nachhaltige Produktion, denn noch zu oft wird der Rohstoffkreislauf nur ungenügend berücksichtigt. Hergestellte Güter zeichnen sich oft durch Kurzlebigkeit aus. Gekaufte Güter wandern deshalb nach kurzer Nutzungsdauer auf den Müll. Die Belastung für die Umwelt durch diese Produktionspraktiken ist enorm.

Den Anbietern fehlt aber in vielen Fällen der Anreiz, etwas an ihrem Verhalten zu ändern. Hier setzt die Initiative unter anderem auch an. Ich habe hier ein Beispiel. In diesen Tagen wechseln Sie alle Ihr IT-Equipment – entweder bekommen Sie es neu, oder Sie wechseln es. Mein i-Pad, das ich vor vier Jahren erhalten habe, ist nach zweieinhalb Jahren leider kaputtgegangen, funktionsuntüchtig geworden. Der Akku war kaputt und ist nicht ersetzbar. Man muss das Gerät eigentlich neu kaufen. Wir haben eine Unmenge solcher Geräte, die wir nach kürzester Zeit ersetzen, weil man Teile nicht reparieren kann, weil wir Teile nicht ersetzen können, und wir betreiben einen unglaublichen Ressourcenverschleiss. Selbst wenn Sie jetzt ein anderes Gerät wählen möchten – vielleicht stehen Sie, wie ich auch, heute um 11 Uhr beim Dienst für Informatik und sagen, Sie hätten eigentlich gerne ein Gerät, bei dem man zum Beispiel den kaputten Akku ersetzen könnte –, erhalten Sie es in der Regel nicht. Das ist doch eines der Probleme. Wir haben uns heute daran gewöhnt, zu ersetzen, wegzuerwerfen und dann ein neues Gerät zu nehmen.



Es gibt Gegenbewegungen, aber es braucht Anreize, um diese zu forcieren. Es braucht Anreize, um hier eben nicht nur nachhaltig konsumieren zu können, sofern ich denn die Auswahl habe, sondern auch nachhaltig zu produzieren. Deshalb können wir heute – nicht nur, wenn wir unsere Geräte auswechseln, sondern vor allem auch mit einer Ja-Empfehlung zur Volksinitiative – die Weichen für eine nachhaltigere und ressourceneffizientere Wirtschaft stellen. Machen Sie es, und vor allem: Konstruieren Sie nicht immer den Widerspruch, dass das Arbeitsplätze kostet. Im Gegenteil, wir wissen, dass die ganze nachhaltige Wirtschaft sehr viele Arbeitsplätze schaffen wird, zwar in anderen Bereichen, aber genauso wertvolle.

**Glättli Balthasar (G, ZH):** Wir haben es jetzt immer wieder gehört: Eigentlich verlangt diese Initiative nur, dass wir genau das tun, was wir planen, wenn wir in die Zukunft schauen und als Politiker für unsere Volkswirtschaft die gleichen strategischen Überlegungen anstellen, wie sie ein Unternehmen anstellen muss.

Sie kennen vermutlich den Song «On n'a qu'une terre» von Stress. Wir haben nur eine Erde, und unsere Verantwortung hier in der Schweiz ist es, unser Wirtschaften so zu organisieren, dass es unseren Wohlstand erhält, aber auf einer Basis, die nachhaltig ist. Genau darum geht es bei dieser Initiative. Weil dieses Ziel nicht absurd, träumerisch, überflüssig oder illusionär ist, gibt es ja auch bereits viele Unternehmen, die in diese Richtung gehen und ihren Teil beitragen. Aber es braucht mehr als einzelne Anstrengungen; es braucht eine koordinierte Anstrengung von uns allen. Ohne Zielpfad haben wir keine Messbarkeit, ohne Messbarkeit werden wir keine umfassenden Massnahmen treffen, ohne umfassende Massnahmen werden wir am Schluss das Ziel nicht erreichen.

Es gibt eine Politik, die nach hinten schaut, die nicht im guten, sondern im schlechten Sinne konservativ ist, im Sinne von: Es soll einfach alles so bleiben, wie es ist. Ich sage Ihnen: Wenn alles so bleibt, wie es ist, dann bleibt bald einmal nichts mehr so, wie es ist.

Wenn wir unseren Wohlstand erhalten wollen, wenn wir unserer Verantwortung als Land auf einem ganzen Globus gerecht werden wollen, dann müssen wir eben nach vorne schauen. Nach vorne schauen heisst nicht den Arbeitsplätzen von gestern nachtrauern, sondern die Arbeitsplätze von morgen schaffen. Eine Stärkung der Kreislaufwirtschaft würde nach einer Studie von Ernst Basler und Partner sehr viele neue Arbeitsplätze schaffen. Schon heute wächst die Zahl der Beschäftigten im Cleantech-Bereich jährlich um gegen 7 Prozent. Packen wir doch die Chancen, statt Angst zu machen! Packen wir die Chancen, unsere Wirtschaft nach dem Modell der Natur umzubauen. Kreislaufwirtschaft, industrielle Ökologie oder auch Cradle to Cradle – unterschiedliche Begriffe für ähnliche Konzepte –, das heisst nichts anderes, als dass wir das Erfolgsrezept der Natur auch in der menschlichen Wirtschaft anwenden. Die Natur ist nicht sparsam, nein, die Natur blüht jeden Frühling, sie trägt Früchte jeden Sommer, jeden Herbst, und trotzdem geht sie mit unseren Ressourcen sorgfältig um, weil eben die Abfälle wieder eingebaut werden, weil ein Kreislauf entsteht. Es gibt keinen Grund, weshalb wir das menschliche Wirtschaften nicht nach dem gleichen Erfolgsprinzip einrichten können.

Das will die Volksinitiative für eine grüne Wirtschaft: Ressourcen schonen, Abholzung, Überfischung, Klimawandel stoppen, Umwelt schützen – sagen Sie Ja zur grünen Wirtschaft!

**Fehlmann Rielle Laurence (S, GE):** L'initiative «pour une économie durable et fondée sur une gestion efficiente des ressources» entend s'attaquer à la racine des problèmes environnementaux que nous traversons déjà depuis des décennies. Elle vise aussi à instaurer un modèle économique plus résistant aux crises et surtout plus équitable.

En effet, comment accepter sans agir que les modes de production et de consommation en Suisse et dans d'autres pays industrialisés engendrent une surexploitation des res-

sources naturelles comme le sol, l'eau, les matières premières, etc.?

Le Conseil fédéral, dans son message, a admis que «ces ressources doivent être préservées et utilisées plus efficacement. Une telle démarche est également dans l'intérêt de l'économie suisse car elle lui permettra de préserver durablement sa capacité économique.»

Les déchets qui sont générés par nos modes de production et de consommation constituent le corollaire de cette consommation débridée et sans limite. Le volume des déchets électroniques, notamment, augmente sans cesse, et les produits toxiques qui en découlent portent atteinte à notre santé. Le rapport «Environnement Suisse 2013» établit que la quantité de déchets par personne continue d'augmenter et atteignait déjà 700 kilos par an et par personne en 2011.

On sait que l'économie suisse est fortement intégrée au marché mondial et qu'une grande partie de ses activités porte sur les exportations et les importations. Plus de la moitié de l'impact environnemental lié à la consommation suisse est répercuté à l'étranger. Notre pays doit prendre ses responsabilités et donc faire sa part en matière de réduction des ressources utilisées.

La Suisse vit au-dessus de ses moyens. Si l'ensemble de la population vivait selon les mêmes standards que nous, il faudrait des ressources équivalent à trois planètes pour subvenir à l'ensemble des besoins. Cela est injuste sur le plan éthique et absurde sur le plan économique! Le message que nous devons retenir est que les modes de vie actuels dans les pays industrialisés ne sont plus viables à long terme, ni même à moyen terme.

L'initiative vise à transformer le modèle économique actuel en une économie circulaire, respectueuse de l'environnement, ce qui suppose de fermer les cycles de vie des matériaux. Ce que nous faisons déjà avec le papier, l'aluminium et le compostage par exemple, nous devons le faire avec d'autres matériaux. Nous devons donc en finir avec l'économie de gaspillage et le réflexe de tout jeter pour acheter.

Il s'agit non seulement de protéger l'environnement mais aussi d'engager la transition de la Suisse vers une économie durable et créatrice d'emplois. En effet, les entreprises suisses pourront se positionner sur un marché de produits liés à cette économie circulaire et contribueront à une répartition plus équitable des ressources.

Je souhaite enfin souligner que la Constitution genevoise, qui est entrée en vigueur le 1er juin 2013 et qui a été garantie par la Confédération, a introduit un article 161 intitulé «Ecologie industrielle», qui prévoit à l'alinéa 1 que: «L'Etat» – il s'agit en l'occurrence du canton de Genève – «protège les principes de l'écologie industrielle.» L'alinéa 2 prévoit: «Il met en oeuvre une politique de réduction à la source des déchets, particulièrement ceux qui sont les plus dommageables pour l'environnement.» Ces dispositions vont tout à fait dans le sens de cette initiative, et elles sont contraignantes pour le canton. Mais si des cantons peuvent entamer une telle démarche, alors, à plus forte raison, la Confédération doit s'engager dans le même sens.

Le canton de Genève a également adopté un plan sur le climat avec une double vision: prendre le cap d'une société post-carbone et maîtriser les conséquences des changements climatiques qui sont déjà une réalité aujourd'hui. Cette vision a pour objectif de réduire les émissions de gaz à effet de serre de 40 pour cent d'ici à 2030 par rapport à 1990.

Belle coïncidence avec le débat d'aujourd'hui: la Conférence sur le climat qui s'est ouverte hier à Paris. Au-delà des spéculations sur les résultats qui pourraient en sortir, il y a nécessité et même urgence à ce que les Etats prennent leurs responsabilités en matière de protection de notre planète. Chaque Etat doit donc agir à son niveau tout en gardant une perspective globale dans le sens de penser globalement et d'agir localement.

C'est l'occasion qui nous est donnée aujourd'hui en débattant de l'initiative populaire «pour une économie durable et fondée sur une gestion efficiente des ressources (Economie

verte)». Ne laissons pas passer le train et allons dans le sens de l'histoire, en recommandant au peuple et aux cantons d'accepter cette initiative, ou au moins par le biais d'une adoption du contre-projet du Conseil fédéral.

**Grossen Jürg** (GL, BE): Wer kann ernsthaft gegen eine Volksinitiative sein, die eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft will?

Selbstverständlich kann man sich über Details streiten; ich bin auch gegen eine bürokratische Umsetzung solcher politischen Grundsatzforderungen. Aber das Ziel dieser Initiative ist absolut sinnvoll und für eine Volkswirtschaft wie die unsere unbedingt anzustreben. Ob wir dieses Ziel eines Fussabdrucks von einer Erde bis 2050 ganz genau erreichen oder nicht, steht zwar in den Sternen, aber auf den Weg machen müssen wir uns ohnehin. Das zeigt sich nicht zuletzt auch daran, dass der Bundesrat mit der Stossrichtung der Initiative einverstanden ist und einen entsprechenden Gegenvorschlag vorgelegt hat. Bei der Beratung des Umweltschutzgesetzes hat sich nun aber gezeigt, dass unser Parlament zumindest noch nicht bereit ist, langfristig Verantwortung zu übernehmen. Das macht mich nachdenklich und ehrlich gesagt auch wütend. Wie erklären Sie meinen und Ihren Kindern, dass wir das Ziel einer echt nachhaltigen und ressourceneffizienten Wirtschaft nicht anstreben wollen?

Noch nie in der Weltgeschichte hat eine Gesellschaft auf einem derart hohen Wohlstandslevel gelebt, wie wir das momentan hier in der Schweiz tun. Selbstverständlich ist nachhaltiges Wirtschaften kein Sonntagsspaziergang, sondern setzt Innovation und Ambition voraus und führt entsprechend auch zu beachtlichen Investitionen. Aber gerade diese Investitionen können und müssen wir uns leisten, denn sie zahlen sich mittel- bis langfristig mehrfach aus und machen uns zu einem Vorbild für nächste Generationen und für andere Länder dieser Erde.

Weshalb sollten wir uns also keine nachhaltige und ressourcenschonende Wirtschaft leisten? Nur weil wir uns kurzfristig bereichern und eine grenzenlose Verbrennungs- und Verschwendungsparty feiern wollen? Ich denke: nein. Weil andere auf diesem Planeten auch nicht nachhaltig wirtschaften, zeigen die Gegner der Initiative mit dem Finger auf andere Länder und sagen – wir haben es gehört –: Schaut, schaut, die Chinesen, die Amerikaner und andere leben auch über ihre Verhältnisse! Dann singen sie zusammen mit einigen Wirtschaftsverbänden wie dem Schweizerischen Gewerbeverband und der Economiesuisse auch noch das Hohelied vom Musterknaben Schweiz und lehnen alle Bestrebungen in Richtung Nachhaltigkeit ab. Ich sage hier bewusst «mit einigen Wirtschaftsverbänden», denn in der realen Wirtschaft der Schweiz gibt es unzählige Unternehmen, welche längst den Kurs der vorliegenden Initiative eingeschlagen haben, insbesondere viele KMU.

Die Ziele der Initiative sind umsetzbar, sogar mit einem Gewinn an Lebensqualität, Frau Fiala; die Initiative ist nicht mit Armut gleichzusetzen. Ich persönlich lebe und arbeite in einem Plusenergiehaus, bewege mich zu Fuss, mit dem Fahrrad, mit der Bahn und mit dem Elektroauto – notabene mit Strom vom eigenen Dach – und schone damit die Ressourcen, ohne eine Komforteinbusse in Kauf nehmen zu müssen. Im Gegenteil, der Komfort ist sehr hoch, und das Gefühl ist befreiend. Ich kann diese Lebens- und Arbeitsweise nur weiterempfehlen. Ich brauche die Ölscheichs nicht und schicke damit auch kein Geld an zweifelhafte und teilweise kriegsartige Staaten und terroristische Organisationen. Ich will selbstverständlich niemanden zwingen, genauso zu leben. Aber die Weichen möchte ich in die richtige Richtung stellen.

Übernehmen Sie Verantwortung, und empfehlen Sie die Initiative «für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft» zur Annahme! Unsere Kinder werden dankbar dafür sein.

**Hadorn Philipp** (S, SO): Eigentlich ist es ein optimales Timing: Just während der Klimakonferenz in Paris diskutieren wir die vorliegende Volksinitiative. Eine nachhaltige und res-

sourceneffiziente Wirtschaft ist das Ziel. Dass diese Fragen für unsere Zukunft entscheidend sind, ist leicht der 88 Seiten starken Botschaft des Bundesrates zu entnehmen. Eine grüne Wirtschaft muss im Kontext der Armutsbekämpfung und der nachhaltigen Entwicklung der Wohlfahrt betrachtet werden. Die natürlichen Lebensgrundlagen müssen erhalten bleiben und die Armut und die wirtschaftlichen Disparitäten verringert werden. Innovation, saubere Technologien sowie die Internalisierung von externen Sozial- und Umweltkosten spielen dabei eine wichtige Rolle. Wir sehen, eine grüne Wirtschaft muss auch rot, also sozial, sein, um die Anforderungen der Nachhaltigkeit zu erfüllen.

Die vorgeschlagene Änderung der Bundesverfassung mit Artikel 94a scheint mir echt pragmatisch: anstreben, fördern, dafür sorgen, möglichst wenig gefährden und belasten – das sind Wörter, die darin vorkommen. Mittel- und langfristige Ziele sollen festgelegt werden. Ein Bericht zu Beginn jeder Legislatur über den Stand der Zielerreichung soll erstellt werden. Diese Formulierungen als wirtschaftsfeindlich einzustufen scheint mir besonders fragwürdig. Ganz im Gegenteil: Die Förderung geschlossener Stoffkreisläufe ist bereits beinahe ein Innovationsprogramm an und für sich. Jedenfalls kann die vorliegende Initiative der Wirtschaft durchwegs einen zukunftssträchtigen Schub verleihen.

Bereits heute sehen wir, dass Nachhaltigkeit und sorgsamer Umgang mit Ressourcen zum Erfolgsrezept werden. Branchen, welche sich intensiv mit der Nachhaltigkeit auseinandersetzen, tun nicht nur dem Gewissen gut. Der Mehrwert wird auch vom Markt, von den Abnehmern und Käufern, honoriert. Entscheidend ist aber nicht selten, dass sich rasch auch Einsparungen im Rohstoffverbrauch und in den Produktionsprozessen ergeben.

Ein Beispiel eines solchen zukunftsgerichteten Wirtschaftens wurde gerade im Kanton Solothurn ausgezeichnet: Vergangene Woche wurde der Innovationspreis «Innoprix SoBa 2015» an die Swiss Shrimps AG in Luterbach für ihre Pilotanlage vergeben. Später sollen in Rheinfelden unter Berücksichtigung von Ökologie, Tierschutz und effizienten Produktionswegen Krevetten gezüchtet werden, um 1 bis 2 Prozent des Marktanteils in der Schweiz zu decken. Sie sehen also: Konkrete Projekte, die auch das Know-how von nachhaltigen Stakeholdern wie Umwelt- und Cleantech-Organisationen berücksichtigen und einbeziehen, zeigen den Weg auf.

Der wirtschaftliche Umbau bei Produktion, Handel und Transport mit Berücksichtigung ökologischer und sozialer Standards ist längst nicht mehr «nice to have», sondern eine zwingende Notwendigkeit. Hören wir die Aussagen der Sachkundigen in Paris: Nur eine Veränderung unseres wirtschaftlichen Verhaltens gibt unserem Planeten eine Zukunft. Auch die Bevölkerung weiss, dass Handlungsbedarf besteht. Auch Fragen und Sorgen im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Migration haben wesentlich mit unserem ökologischen bzw. nichtökologischen Verhalten zu tun. Die Initiative gibt der Wirtschaft Ansporn zu freiwilligem Handeln. Sollte dieses ausbleiben, greifen Massnahmen.

Gerade die Rohstoff- und Abfallpolitik braucht offensichtlich dringend Zäsuren. Es darf nicht sein, dass wir als Parlament die überfällige Entwicklung des Umweltschutzgesetzes verhindern. Der Erhalt der Wirtschaftskraft, die Sicherung notwendiger Innovationen, verbunden mit Verantwortung gegenüber der Natur, der Umwelt und der ganzen Schöpfung, sind auch nötig zum Erhalt der Lebensgrundlagen für die kommenden Generationen.

Die Initiative ist ein wichtiger, gangbarer und zukunftsweisender Weg dahin. Stimmen wir der Minderheit zu, empfehlen wir die Initiative zur Annahme!

**Merlini Giovanni** (RL, TI): Oggi ci troviamo a dibattere su questa iniziativa dei Verdi in seguito alla bocciatura di misura del controprogetto indiretto in sede di votazione finale durante la scorsa sessione autunnale del nostro Consiglio, con la conseguenza, che la questione dell'entrata in materia ha dovuto essere riesaminata. Lo scorso 27 ottobre la CAPTE del Consiglio degli Stati ha rifiutato l'entrata in materia sulla revisione della legge sulla protezione dell'ambiente mentre

la commissione sorella del Consiglio nazionale, lo scorso 4 novembre, si è pronunciata a larga maggioranza per raccomandare di respingere l'iniziativa popolare dei Verdi, oggetto di questo dibattito.

L'iniziativa comporterebbe infatti un ulteriore aggravio per l'economia svizzera ed è oggettivamente inutile, ritenuto che le nostre imprese sono già oggi per lo più all'avanguardia nell'uso efficiente delle risorse. La richiesta contemplata nella disposizione transitoria dell'iniziativa è inoltre radicale: postula infatti la realizzazione, entro il 2050, dell'obiettivo di un'impronta ecologica che, calcolata sulla popolazione mondiale, non superi in consumi le risorse equivalenti di un pianeta Terra.

Il testo dell'iniziativa non si esprime però sulla misurazione dell'impronta ecologica e neanche sui criteri per misurarla. Secondo lo studio commissionato dall'Ufficio federale dell'ambiente oggi l'impronta ecologica della Svizzera ammonta a 2,8 pianeti Terra. Di conseguenza, l'adempimento degli obiettivi dell'iniziativa comporterebbe una riduzione dell'attuale consumo di risorse nella misura di circa il 65 per cento, come abbiamo già più volte sentito stamattina.

I vari provvedimenti draconiani che si renderebbero necessari a tale scopo, come per esempio, ma non solo, l'adozione di obiettivi quantitativi e di provvedimenti per la tracciabilità nonché la raccolta obbligatoria di imballaggi, trasformerebbero la nostra economia sociale di mercato in un'economia pianificata, rendendo ancora più difficile la vita delle nostre aziende, in un momento congiunturale che è già caratterizzato dalla difficile sfida del franco forte e dal rischio di una strisciante deindustrializzazione, con conseguenze rilevanti per l'occupazione. Senza poi dire che la concretizzazione dell'iniziativa presupporrebbe persino che gli obiettivi contemplati nella strategia 2050 vengano inaspriti e attuati di conseguenza con implicazioni eccessivamente restrittive in diversi settori economici, tra cui la pianificazione nel territorio e l'edilizia, per non citarne molti altri.

Vi invito pertanto a sostenere la maggioranza commissionale, raccomandando a popolo e cantoni di respingere questa iniziativa.

**Rösti Albert (V, BE):** Zuerst meine Interessenbindung, die hier vielleicht im weitesten Sinne relevant ist: Ich bin Präsident der Aktion für vernünftige Energiepolitik Schweiz und des Dachverbandes Swissoil.

Nachdem der Nationalrat in der vergangenen Session bereits den Gegenvorschlag des Bundesrates zur vorliegenden Initiative abgelehnt hat, bitte ich Sie nun auch klar, die Initiative, die viel radikaler ist als der Gegenvorschlag, zur Ablehnung zu empfehlen.

Mit den vorgesehenen Massnahmen greift die Initiative unverhältnismässig in unsere liberale Wirtschaftsordnung ein. Sie verlangt Vorschriften für Produktionsprozesse, Produkte und Abfälle sowie Steuer- oder Budgetmassnahmen, z. B. eine Lenkungssteuer auf dem Verbrauch natürlicher Ressourcen. Wenn die Ziele einer ressourceneffizienten Wirtschaft, deren Umsetzung der Bund dann jeweils zu Beginn der Legislatur in einem Bericht zu beurteilen hätte, nicht erreicht werden, müssen die Massnahmen verschärft werden. Dieser Prozess ist bürokratisch und dirigistisch. Die Stärken unseres Wirtschaftsmodells werden von der Planwirtschaft verdrängt. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Zielsetzung der Initiative, die Reduktion des Fussabdrucks auf eine Erde in der Übergangsbestimmung, einfach nicht realistisch ist. Unsere Wirtschaft, insbesondere der produzierende Sektor, braucht derzeit Entlastungen und nicht Belastungen, um den zukünftigen Herausforderungen, insbesondere auch im Zusammenhang mit der anhaltenden Euroschwäche, standzuhalten. Die vorliegende Initiative bewirkt das Gegenteil und gefährdet Arbeitsplätze und Wohlstand.

Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass ja die Schweiz in Sachen Ressourcenschutz vorbildlich dasteht. Ich denke an das Umweltschutzgesetz, das Gewässerschutzgesetz mit strengsten Abwasserregelungen, das CO<sub>2</sub>-Gesetz, die CO<sub>2</sub>-Abgabevorschriften für Autos und

LKW, das Energiegesetz mit Energieeffizienz, das Landwirtschaftsgesetz, das Raumplanungsgesetz und viele Anreizsysteme für umweltschonendes Wirken.

Bereits heute beklagen sich die Akteure bei der Realisierung von Bauten und Anlagen und der Umsetzung von Projekten über die Höhe der Auflagen. Dies äussert sich in vielen Amts- und Mitberichten, die oft widersprüchlich daherkommen. Ich stehe dem Wirtschaftsrat der Wirtschaftskammer Berner Oberland vor. Als Hemmschuh Nummer eins wird stets die Anzahl Auflagen, die Auflagendichte für Projekte genannt. Mit vorliegender Initiative würde diese noch zunehmen und insbesondere den Exportbereich im Industrie-, aber auch im Tourismusbereich schwächen. Hier liegt die Crux in Sachen mehr Umwelt- und Ressourcenschutz.

Wenn wir als bereits eines der vorbildlichsten Länder unsere Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich unverhältnismässig schwächen, wird die Produktion in Länder mit deutlich tieferen Standards verlagert, was letztlich auch für die Umwelt kontraproduktiv ist. Hier liegt auch das Problem von Lenkungsabgaben, die, isoliert eingeführt, einerseits innerhalb der Schweiz, andererseits aber auch im internationalen Vergleich deutliche Marktverzerrungen herbeiführen können. Nicht umsonst wurde die Initiative der Grünliberalen «Energie- statt Mehrwertsteuer» mit 92 Prozent Neinstimmen äusserst klar abgelehnt. Die Statistik zeigt, dass bereits in den vergangenen Jahren die Zahl der Arbeitsplätze im produzierenden Sektor trotz Jobwunder in der Schweiz nicht gestiegen ist.

Gemäss Botschaft des Bundesrates würde eine Annahme der Initiative eine Reduktion des Ressourcenverbrauchs um 65 Prozent – 65 Prozent, die Familien und KMU weniger verbrauchen dürften – erfordern. Die Umsetzung würde entsprechend zu massiven Einschränkungen in Produktion und Konsum führen. Vorschriften in den Bereichen Materialeffizienz, Lebensdauer von Produkten, Nachhaltigkeit in der Produktion und im landwirtschaftlichen Anbau, Vorschriften im öffentlichen Beschaffungswesen würden zusätzlich Mehrkosten verursachen und entsprechend auch die Staatsquote erhöhen.

Es bräuchte wohl zusätzliche Abgaben auf natürlichen Ressourcen, um das Ziel überhaupt zu erreichen. Hier ist der Kenntnisstand sehr begrenzt. Die Umsetzungsschwierigkeiten und der Vollzugsaufwand und damit die steigende Bürokratie wären immens. Bereits die Berechnungen zur Energiestrategie 2050 zeigen, dass das Bruttoinlandsprodukt eher sinken würde. Bei dieser Initiative wäre die Wirkung wohl noch weit stärker. Wir wissen zwar, dass es dazu keine quantitativen Modelle gibt, aber Plausibilitätsüberlegungen lassen diesen Schluss zu.

Ich glaube kaum, dass eine Einschränkung in den Bereichen Konsum, Mobilität und Ernährung in diesem Ausmass sinnvoll ist. Entsprechend bitte ich Sie um Ablehnung dieser Initiative.

**Munz Martina (S, SH):** Wir brauchen eine ökologische Schuldenbremse. Die Schuldenbremse hat in unserem Finanzhaushalt längst Einzug gehalten, jetzt braucht es auch eine Schuldenbremse für den Bereich Umwelt. Den Kindern wird schon früh beigebracht, dass aus einem Portemonnaie nicht mehr herausgenommen werden kann, als man zuvor hineingelegt hat. Genauso ist es mit unserer Umwelt. Wir sollten nur nutzen, was sich natürlich regeneriert oder wieder nachwächst.

Einem verwöhnten Kind diese Portemonnaie-Regel beizubringen ist schwierig, zugegeben. Ein Kind, das sich auf seine kindliche Art ungestraft aus fremden Portemonnaies bedient, wird ein Riesengeheul veranstalten, wenn man ihm dies verbietet. Das wäre für dieses verwöhnte Kind sicher schmerzlich, aber nötig. Verhalten wir uns nicht wie dieses verwöhnte Kind? Bedienen wir uns nicht aus fremden Ressourcen? Würde dieses Kind erklären, es brauche dieses Geld aus fremden Portemonnaies für sein ganz persönliches Wohl, dann hätten Sie bestenfalls ein müdes Lächeln übrig für ein derart verwöhntes, uneinsichtiges Kind und würden die Regeln mit Nachdruck durchsetzen.



Warum – das frage ich Sie – setzen wir bei den Finanzen und bei der Umwelt nicht gleiche Massstäbe? Warum gibt es eine finanzielle Schuldenbremse, aber keine ökologische Schuldenbremse? Wir leben seit Jahrzehnten über unsere Verhältnisse. Genau gleich, wie in der Finanzwelt der Bankrott auf die Uneinsichtigen wartet, wartet auf uns der ökologische Kollaps.

Die Schweiz verbraucht oder beansprucht für ihre Bedürfnisse 4,3-mal mehr Fläche, als ihr zusteht. Wir plündern oder bedienen uns also aus über drei zusätzlichen Portemonnaies. Zugegeben, es ist ein ehrgeiziges Ziel, uns bis ins Jahr 2050 auf den Verbrauch einer einzigen Erde zu reduzieren. Diese Initiative ist aber tatsächlich unsere Chance. Kreisläufe schliessen, Rohstoffe effizient einsetzen, auf erneuerbare Energie setzen – davor muss sich die Schweizer Wirtschaft nicht fürchten. Im Gegenteil, eine Wirtschaft, die diese Entwicklung verschläft, hat verloren. Bestes Beispiel dafür sind unsere Energiekonzerne wie Axpo und Co., die mit ihrer rückwärtsgerichteten Politik daran sind, unser Volksvermögen zu verschleudern.

Die Wirtschaft muss besser früher als später auf Nachhaltigkeit umsteigen. Die grüne Wirtschaft ist die Wirtschaft der Zukunft und wird sich zum Exportschlager entwickeln. Verschlafen wir diesen Trend nicht! Auch bodenständige Wirtschaftskreise wie Holzbau Schweiz haben die ökonomische Bedeutung der Nachhaltigkeit erkannt. Hans Rupli von Holzbau Schweiz erwartet, dass die neue Klima- und Energiepolitik in der Schweiz einen Umsatz von etwa 22 Milliarden Franken generieren wird. Er rechnet zudem mit der Schaffung von etwa 16 000 Arbeitsplätzen. Vor allem bei den Gebäudesanierungen wird ein Boom ausgelöst. Würden wir diesen Wirtschaftsmotor nicht ab! Die grüne Wirtschaft ist nicht nur ökologisch, sie ist auch ökonomisch sinnvoll.

Die Erhaltung unseres Ökosystems muss uns eine Schuldenbremse wert sein – jetzt eben auch eine ökologische Schuldenbremse. Empfehlen Sie deshalb die Initiative «für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft» zur Annahme!

**Schelbert** Louis (G, LU): Die Initiative «für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft», die Volksinitiative der Grünen für eine grüne Wirtschaft, ist auf der Höhe der Zeit. Sie ist der Zwillings der Energiewende. Zusammen zielen die Vorlagen auf die Schonung von Umwelt und natürlichen Ressourcen sowie auf die Schliessung der Stoffkreisläufe. Zwar lehnt der Bundesrat das Begehren ab, aber er unterbreitet dem Parlament gleichzeitig einen indirekten Gegenvorschlag, der den Kern der Initiativanliegen aufnimmt.

Tatsächlich passen die Inhalte der Initiative prima in die Zeit des Uno-Klimagipfels. Letzte Woche war in diversen Zeitungen zu lesen, dass sich zahlreiche Wirtschaftsführer im Vorfeld dieses Gipfels von Paris für den Klimaschutz starkmachen. 79 CEO von weltweit führenden Unternehmen, darunter ABB, Holcim, Nestlé, Swiss Re und UBS, sagten, es sei nun Zeit zu handeln. In der Tat, die Fristen für das Aufschieben von Klimaschutzmassnahmen sind am Ablaufen.

Heute werden viele Ressourcen verschlissen statt in Kreisläufen wiederverwendet und wiederverwertet; Energie wird verschwendet statt gespart und effizient genutzt; Land wird verzehrt, statt dass der Siedlungsraum verdichtet wird usw. Mit einer klugen, mit einer grünen Wirtschaft lässt sich das ändern – nicht von einem Tag auf den anderen, das verlangt die Initiative auch nicht, aber innert angemessener Frist. Der Anpassungsprozess muss und wird die kommenden Jahrzehnte wesentlich mitbestimmen. Die Zielgrösse 2050 ist nicht überrissen und korrespondiert mit den globalen CO<sub>2</sub>-Zielen.

Einige hiesige Wirtschaftsverbände der Arbeitgeber, namentlich Economiesuisse und der Schweizerische Gewerbeverband, waren bislang nicht so weit – im Unterschied zu anderen wie etwa dem Cleantech-Verband oder den Gewerkschaften. Sie meinen, die Unternehmen bräuchten keine politischen Vorgaben. Da sie uns Grünen und auch dem Bundesrat nicht folgen wollen, könnten sie den Aufruf der international ausgerichteten Arbeitgeberkapitäne ernst

nehmen. Diese fordern, wie wir Grünen, politische Massnahmen zur Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstosses und anerkennen, dass damit wesentliche Beiträge zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur wirtschaftlichen Prosperität geleistet würden; dass das stimmt, ist belegbar und belegt.

Nehmen wir die Botschaft des Bundesrates. Sie zitiert und führt viele Studien an zu Materialflüssen, zu Ressourceneffizienz und Ressourcenschonung, zu Wertschöpfungsketten oder zu Materialeffizienz. Sie zeigen: Die Analyse der Initiative ist richtig, es geht nun um die Umsetzung. Die Studien zeigen auch, dass sich Investitionen lohnen. Der Cleantech-Bereich hat eine gute Zukunft, hohe jährliche Wachstumsraten erwarten ihn, auch im Exportbereich. Die Initiative ist wirtschaftlich wichtig.

Die Schweiz hat keine natürlichen Rohstoffe, sie ist auf den Import vieler Güter angewiesen. Trotzdem braucht die Wirtschaft genügend natürliche Ressourcen, etwa Metalle und Agrarrohstoffe. Werden Materialien konsequenter wiederverwendet und wiederverwertet, dient das der langfristigen Verfügbarkeit. Die Initiative hilft, Versorgungsrisiken zu senken, und führt zu Kosteneinsparungen. Der Ersatz von Plastik durch Produkte aus nachwachsenden Materialien eröffnet Chancen für die einheimische Produktion. Die Initiative macht die Schweiz weniger abhängig vom Ausland. Das gilt nicht nur für Erdöl und Uran, sondern auch für andere Materialien. So können seltene Erden, z. B. aus Handys und anderen elektronischen Geräten, zurückgewonnen werden.

Die Initiative wirkt auch beschäftigungspolitisch positiv. Es würden Arbeitsplätze auf verschiedenen Niveaus geschaffen. Viele qualifizierte Stellen wären zu besetzen, im Recyclingbereich könnten auch neue Stellen für Menschen mit nicht so hohen Qualifikationen geschaffen werden. Nicht zuletzt könnten auch die Regionen profitieren. Viele Arbeitsplätze könnten in Randregionen entstehen; als bereits bestehendes Beispiel nenne ich die Batterie-Recycling-Anlage in Wimmis.

Der ökologische Umbau ist das Gebot der Stunde. Es braucht Investitionen in Prozesse und Produkte, in Technologien und in entsprechende Bildung. Das führt zu einer nachhaltigen und ressourceneffizienten Wirtschaft. Das ist die Zukunft. Die Initiative verdient auch aus wirtschaftspolitischen Gründen ein Ja.

**Ingold** Maja (C, ZH): «Fünf gute Gründe für ein überzeugtes Nein», so begann eine Stellungnahme des Schweizerischen Gewerbeverbandes zum Gegenvorschlag zu dieser Volksinitiative. Es war das Ziel des Gegenvorschlags, auf moderatere Weise im Gesetz den Fokus auf eine grüne Wirtschaft zu richten, ohne dass man in die Verfassung eine unverrückbare Bestimmung aufnehmen muss. In einem Satz fasste der Gewerbeverband die Ablehnung zusammen: Die Revision des Umweltschutzgesetzes sei nicht notwendig, nicht verhältnismässig und nicht wirtschaftsfreundlich. Die Befürworter der Revision würden in Bezug auf die globale Klimasituation an Schauernmärchen glauben.

Ich glaube, es sollte langsam auch jenen, die am wenigsten hellhörig sind, bewusst geworden sein, dass die Klimaerwärmung grösstenteils hausgemacht ist und dass die sicheren Folgen schwer wiegen. Vielleicht sind sie in der Schweiz nicht am schwersten, aber das Tempo, mit dem unsere Gletscher abschmelzen, gibt doch zu einigen Sorgen Anlass. Die Vorstellung von der Schweiz als Wasserschloss Europas dürfte als naive Vision förmlich dahinschmelzen. Nur schon nach diesem trockenen Sommer müssen etliche Gemeinden überlegen, wie sie den Trinkwasserhaushalt in Zukunft sichern wollen.

Man muss sich mit den Folgen des Klimawandels beschäftigen, ob man will oder nicht. Bereits die bisher ausgestossenen Treibhausgase werden die globale Temperatur derart erhöhen, dass Anpassungsmassnahmen den zentralen Teil einer jeden Klimapolitik bilden müssen. Dass an der gegenwärtigen Klimakonferenz in Paris die Transformation, die Dekarbonisierung und ihre Finanzierung das Hauptthema bilden, zeigt, dass doch nicht alle Prognosen zur Klimaentwicklung Schauernmärchen sind. Man kann immer weniger

gut ignorieren, dass auch für die Schweiz Handlungsbedarf besteht. Die Schweiz gehört zwar nicht zu den grössten Sündern der Welt in Sachen CO<sub>2</sub>-Ausstoss, aber auch wir leben auf ökologisch viel zu grossem Fuss.

Nicht notwendig, nicht verhältnismässig, nicht wirtschaftsfreundlich – sind Sie so sicher, dass das für die Zukunft der Schweiz stimmt? Wir sprechen bei dieser Volksinitiative von den nächsten Jahrzehnten. Irgendwann muss doch jeder sehen, dass sich das Blatt gewendet hat.

Die Aufgabe der Nutzung fossiler Energie heisst ja nicht, dass wir der Technologie abschwören. Im Gegenteil, es wird noch viel mehr Erfindergeist und Technologie nötig sein, um den Übergang in eine Welt zu schaffen, die nicht mehr Ressourcen ausbeutet, als sie erzeugt. Genau das hätten wir mit der Revision des Umweltschutzgesetzes befördern können – befördern müssen, denn es besteht Handlungsbedarf. Immerhin sieht das die Weltgemeinschaft sechs Jahre nach Kopenhagen auch so, und sie will das Problem in Paris nun verbindlich anpacken. Und «verbindlich» bedeutet halt leider eine gewisse staatliche Ressourcensteuerung. «Die Schweizer Wirtschaft lehnt eine staatliche Ressourcensteuerung klar ab», schrieb der Gewerbeverband. Ja, Sie haben triumphiert, die Revision ist vom Tisch. Aber das ist «yolo». Wissen Sie, was «yolo» heisst? «You only live once». Das heisst: nach uns die Sintflut. Diese Haltung erachten wir von der EVP als unverantwortlich, und sie ist auch nicht im Sinne der Bewahrung der Schöpfung. Weil der Gegenvorschlag nicht mehr vorliegt, gilt es nun eben, die Volksinitiative zu unterstützen, damit es wegen unserer eingesparten Hilfe für viele Menschen nicht doch zur Sintflut kommt.

Ich ersuche Sie, die Volksinitiative zur Annahme zu empfehlen.

**Badran Jacqueline (S, ZH):** Seit über vierzig Jahren herrscht eigentlich Konsens darüber, dass eine Kreislaufwirtschaft das ist, wo wir hinmüssen, aus den verschiedensten Gründen, die meine Vorrednerinnen und Vorredner aus dem Mitte-links-Lager ja eigentlich schon erklärt haben. Ich möchte nur noch auf einen Punkt eingehen, der mich immer wieder beschäftigt, nämlich das Credo, bestimmte Regulierungen würden der Wirtschaft schaden. Das ist einfach nicht wahr, weil das Gegenteil der Fall ist: Die Wirtschaft schreit sogar nach bestimmten Rahmenbedingungen.

Nehmen wir die Geschichte mit dem Ozonloch. In wenigen Jahren hat man das Riesenproblem, diese Bedrohung für unsere Welt, gelöst, und «in no time» waren Ersatzstoffe für die Fluorkohlenwasserstoffe gefunden. Eine Rahmenbedingung war also der Innovationstreiber non plus ultra.

Nehmen wir die LSVA. Erinnern wir uns, wie das Lastwagen-gewerbe aufgestellt war. 90 Prozent der Fahrten von B nach A zurück waren Leerfahrten. Nach Einführung der LSVA wurden organisatorische Massnahmen getroffen, und die Branche war in kurzer Zeit viel effizienter; ja, Herr Giezendanner meldet sich schon. In kurzer Zeit wurde die Branche massiv effizienter, so, wie das McKinsey-Leute vorausgesagt hatten.

Nehmen wir zum Beispiel unsere ABB. Unsere ABB sucht fieberhaft nach Ersatzstoffen für Isolatoren, weil das fluorkohlenwasserstoffähnliche Stoffe sind, die die Ozonschicht ebenfalls schädigen. Warum machen sie Innovationen? Weil jetzt eine globale Regulierung droht, dass diese Stoffe ersetzt werden müssen. Jetzt hat ein weltweiter Innovationswettbewerb für Ersatzstoffe angefangen.

Oder nehmen wir unsere Alstom. Unsere Alstom kann Wasserstoffkraftwerke bauen. Was sagt die Alstom? «Bringt uns die Rahmenbedingungen. Wir können das jetzt schon machen, aber wir brauchen die Rahmenbedingungen, sonst können wir keine Wasserstoffkraftwerke, die super sinnvoll wären, verkaufen. Ihr müsst für uns die relativen Preise ändern, weil der Markt falsche Signale gibt.»

Es gibt also einen Strauss von Beispielen, die zeigen, dass Rahmenbedingungen der primäre Innovationstreiber sind. Jetzt kommen hier irgendwelche Bürgerliche und sagen, das werde von alleine passieren. Nein, das passiert nicht von alleine, das haben wir jetzt vierzig Jahre lang gesehen! Ob-

wohl Konsens darüber herrscht, dass wir eine Kreislaufwirtschaft brauchen, sind wir äusserst weit davon entfernt.

Ein weiterer Punkt ist, es koste zu viel. Das ist auch so ein Mantra, das immer wieder heruntergebetet wird. Eigentlich ist das Nicht-in-Opportunitätskosten-Denken für Leute, die sich selbst als Wirtschaftsexperten proklamieren, schon etwas traurig. Wenn man nämlich die Opportunitätskosten anschaut, also anschaut, was eine Nichtkreislaufwirtschaft heisst, dann stellt man fest, dass diese teuer ist. Wir laufen auf Milliarden, auf Hunderte Milliarden Franken von Folgekosten zu, wenn wir jetzt nicht handeln. Ganz banal gesagt: Wenn bestimmte Rohstoffe zu schnell verbraucht werden, dann werden sie einfach teurer. Das ist ganz banale Betriebswirtschaft, das sollte eigentlich jeder verstehen. Das wird sich die Wirtschaft irgendwann einmal nicht mehr leisten können. Irgendjemand zahlt dann die Reparaturkosten oder die Kosten für einen übermässigen Rohstoffverbrauch und für eine übermässige Umweltbelastung – denken Sie nur an die Folgeschäden des CO<sub>2</sub>.

In dem Sinn ist diese Initiative eine Initiative, die einen unvermeidbaren Prozess bestenfalls beschleunigen kann, und nicht irgendein Hindernis auf dem Weg ins Irgendwas, wie Sie von der rechten Seite das hier jetzt dargestellt haben. Für unsere Wirtschaft würde das auch Marktführerschaft bedeuten und einen Innovationstreiber, den wir schon lange brauchen.

In dem Sinne bitte ich Sie, diese Initiative zur Annahme zu empfehlen; dies insbesondere, weil der sehr austarierte Gegenvorschlag leider abgelehnt worden ist.

**Giezendanner Ulrich (V, AG):** Liebe Frau Badran, Sie haben mich ja sehnlichst erwartet, wie Sie gesagt haben. Das wird jetzt vier Jahre so bleiben. Eine Vorbemerkung: Sie haben sich bezüglich Auslastungsgrad massiv getäuscht. Dieser betrug 70 Prozent vor der LSVA, ging dann aber, Sie haben nicht ganz Unrecht, auf 76 Prozent rauf. Somit haben Sie die richtigen Zahlen – diese müssen Sie auch kennen. Frau Badran, in der Schweiz wurden 1500 Betriebe ins Ausland verlagert. Die SP ist verantwortlich für diese Arbeitsplätze. Wie viele waren es?

**Badran Jacqueline (S, ZH):** Ich verstehe Ihre Frage nicht, können Sie sie präzisieren?

**Giezendanner Ulrich (V, AG):** Durch die LSVA wurden 1500 Betriebe vernichtet; sie wurden verlagert. Wie viele Arbeitsplätze haben Sie zerstört?

**Badran Jacqueline (S, ZH):** 1. Die SP hat in diesem Land nicht die Mehrheit. Das war eine gewonnene Volksabstimmung, wie Sie sie ja so gerne respektieren – ausser, es passt Ihnen das Ergebnis nicht, das wissen wir ja.

2. Ich weiss nicht, wie Sie darauf kommen, dass wegen der LSVA Unternehmen ausgelagert wurden. Was ich weiss, ist, dass die Branche massiv effizienter und damit auch profitabler wurde.

**Mazzone Lisa (G, GE):** «Nous n'avons pas de planète B», nous dit Ban Ki-moon, secrétaire général des Nations Unies, une personne dont on ne peut pas remettre la crédibilité en question. Pourtant, en Suisse, nous en consommons l'équivalent de 2,8. Notre consommation de ressources naturelles n'est donc physiquement pas pérenne, c'est évident, c'est intuitif. Ce constat ne peut être réfuté. Face à lui, que faire? Ce que nous vous proposons, c'est d'agir pour les générations futures.

En menaçant nos milieux naturels, comme nous le faisons aujourd'hui, nous portons atteinte à ce qui nous permet de satisfaire nos besoins vitaux. Nous portons donc atteinte à la vie et à sa pérennité sur terre. L'Organisation des Nations Unies a adopté dernièrement une feuille de route pour une économie plus durable et plus verte. Les chefs d'Etat et de gouvernement discutent en ce moment même du défi climatique à Paris. Inscrivons-nous dans cette tendance et pre-

nons des mesures! C'est à notre tour et c'est maintenant que cela se passe!

Notre empreinte écologique est trop grande et nous condamnons nos enfants et nos petits-enfants à subir l'épuisement des ressources et les dégâts que nous causons à l'environnement par les émissions polluantes et le réchauffement climatique. L'initiative des Verts prévoit d'inscrire les principes de l'économie circulaire dans notre Constitution pour amorcer une transition économique nécessaire et quitter l'économie du «tout jetable». La transition est nécessaire pour notre planète, pour nous-mêmes en tant qu'habitants de cette planète, mais elle est nécessaire aussi pour notre économie, qui est aujourd'hui fortement dépendante de ressources limitées et de l'étranger.

L'économie verte représente une opportunité pour assurer la prospérité de la Suisse sur le long terme, une opportunité pour créer des emplois locaux tant dans des secteurs peu qualifiés que dans des secteurs très qualifiés. Fermer le cycle de vie des matériaux, développer le recyclage et valoriser les déchets, voilà comment réduire notre impact environnemental et créer des places de travail. Nous savons, par exemple, que nous dépensons des milliards pour acheter de l'énergie sale à l'étranger, autant d'argent qui pourrait être avantageusement investi en Suisse et qui pourrait conduire à la création de postes de travail en Suisse.

Récupérer la chaleur des machines pour le chauffage ou prolonger la durée de vie des produits, par exemple, relève du bon sens. Ainsi, les objectifs de cette initiative semblent aller de soi. Ils représentent aussi une chance de valoriser la grande richesse de la Suisse, la matière grise, en développant l'innovation.

Les investisseurs ne s'y trompent pas puisqu'ils sont toujours plus nombreux à retirer leurs investissements des énergies fossiles en raison du risque financier que représente le fait de miser sur des énergies issues de ressources finies. Il s'agit d'une question d'avenir, mais aussi d'une question de présent pour bien des pays du Sud qui sont touchés de plein fouet par les conséquences que la surexploitation des matières premières a sur leurs lieux de vie et sur leurs habitats.

Nous avons des progrès à faire et nous en connaissons la voie. D'ailleurs, certains cantons – dont celui que je représente – se sont déjà engagés dans cette voie. Les buts de l'initiative ne visent pas à contraindre mais à saisir l'opportunité; ils ne sont pas dangereux, c'est de ne rien faire qui l'est. L'initiative donne le temps d'apporter ces changements par des mesures incitatives, mais elle demande de commencer maintenant car, à force de remettre les choses à plus tard, il sera trop tard, et tant la planète que les humains en paieront le prix.

Je vous invite donc à soutenir la proposition de la minorité Jans et à recommander au peuple et aux cantons l'acceptation de cette initiative populaire.

**Friedl Claudia (S, SG):** Die Initiative «für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft» verlangt nichts anderes, als dass wir unseren Ressourcenverbrauch langfristig so gestalten, dass die Lebensgrundlagen auch noch für den Rest der Welt und für unsere Nachkommen genügen. Das ist heute nicht der Fall: Wir verbrauchen so viele Ressourcen, dass es drei Erden braucht. Das ist nicht nur ein Spruch, sondern ein Fakt, und deshalb müssen wir handeln. Während wir uns mit dieser Initiative befassen, tagt in Paris die Uno-Klimakonferenz. Alle – oder sagen wir: fast alle – sind sich einig, dass es 5 Sekunden vor 12 ist, was die Klimaänderung betrifft. Wir müssen heute und jetzt handeln!

Die Auswirkungen des Klimawandels sind mittlerweile bekannt. Die zerstörten Lebensgrundlagen werden gemäss der Uno in den nächsten 15 Jahren 100 Millionen Menschen zu Klimaflüchtlingen machen. Gerade die Klimaauswirkungen zeigen: Unser Konsum und unsere Lebensweise haben Auswirkungen im In- und Ausland. Ja, da bin ich mit Herrn Giezendanner einverstanden: Wir müssen auch das Ausland mit einbeziehen, wir müssen schauen, was wir dort an Klima-, an Umweltschäden verursachen. Denn die durch un-

seren Konsum verursachte Umweltbelastung fällt zu über 70 Prozent im Ausland an. Denken Sie nur an die problematischen Agrarprodukte wie Palmöl für unsere Fertigprodukte, Soja für unsere Massentierhaltung oder an Abbauprodukte wie seltene Erden, Erze, Öl und Uran. Wochenlang haben wir die Nachricht gehört: In Südostasien brennen die Urwälder, entfacht durch illegale Brandrodungen. In Südamerika und Afrika wird der Wald abgeholzt, um Energiepflanzen anzubauen, um daraus «Bio»-Sprit für uns herzustellen – schon dieses Wort ist eine Perversion –, damit wir unsere Individualmobilität angeblich ökologischer befriedigen können. Solche Zusammenhänge will die Initiative «Grüne Wirtschaft» aufnehmen und angehen. Dazu sind hohe internationale Umweltstandards – natürlich auch Sozial- und Arbeitsstandards – notwendig, bei allen Produkten, egal, ob sie im Inland oder im Ausland hergestellt werden. Es braucht hohe Standards mit messbaren Zielen, Kontrollierbarkeit und eine stete Weiterentwicklung.

Die Initiative motiviert, vernünftiger mit den Stoffen umzugehen – weg von der Abfallwirtschaft, hin zur Kreislaufwirtschaft. Es ist höchste Zeit, dass wir die Wirtschaft so trimmen, dass sie die Umwelt möglichst wenig gefährdet. Freiwilligkeit ist gut, und die Initiative setzt ja auch dort an. Aber Hand aufs Herz: Die Freiwilligkeit hat in diesen Bereichen praktisch immer versagt. Erst auf Druck – sei es über die monetäre Schiene, sei es über Gesetze – haben sich die Dinge im Bereich Recycling oder umweltschonende Produktionsprozesse entwickelt. Genau dies ist auch der Motor der Innovation, und dies liegt im Interesse der Schweizer Wirtschaft, um langfristig leistungsfähig zu bleiben.

Die Initiative regt uns auch dazu an, uns Gedanken über den Konsum ganz allgemein zu machen, denn die Ziele der Initiative sind hoch. Ohne den Konsum zurückzufahren, sind sie nicht zu erreichen. Darauf muss sich auch unsere Wirtschaft einstellen. Das ewige Wachstum funktioniert nicht, vor allem, wenn dabei der Stoff- und Energieverbrauch mitwächst.

Das alte Parlament hat die Revision des Umweltschutzgesetzes abgelehnt, den Versuch, ohne diese Initiative in die richtige Richtung zu schreiten. Sie haben nun die Möglichkeit, zu einer Initiative Ja zu sagen, die für eine nachhaltige Zukunft für unsere nächsten Generationen sorgen wird.

**Graf Maya (G, BL):** Der Earth Overshoot Day war dieses Jahr bereits am 13. August. Wissen Sie, was er bedeutet? Es ist der Tag des Jahres – und er ist jedes Jahr früher –, an dem die menschliche Nachfrage nach natürlichen Ressourcen die Kapazität der Erde zur Reproduktion dieser Ressourcen übersteigt. Wir leben also seit dem 13. August jeden einzelnen Tag bis zum 31. Dezember, wenn wir Silvester feiern, auf Pump. Wir übernutzen die natürlichen Ressourcen unserer Lebensgrundlagen, als würde Ende Jahr, also in der Silvesternacht, durch Zauberhand einfach alles wieder nachwachsen oder als ob es tatsächlich nicht nur unsere eine Erde gäbe, sondern deren drei, so, wie wir heute leben. Wir wissen das eigentlich genau. Sie wissen es, wir wissen es.

Mit unserer heutigen Wirtschafts- und Lebensweise können wir nicht weiterfahren. Doch wir tun es, wir fahren unbeirrt weiter, als gäbe es kein Morgen. Wir suchen Ausreden; wir haben sie heute Morgen in allen Varianten gehört. Ich kann Ihnen sagen: Ich finde das beschämend. Wir suchen Ausreden, um uns vor dieser Herausforderung und vor dem gemeinsamen Handeln zu drücken und um uns auch vor der Verantwortung zu drücken, den nächsten Generationen eine Welt zu hinterlassen, in der sie dieselben Chancen haben, wie wir sie hatten.

Wir müssen heute handeln. Wir hätten heute Zeit, es zu tun. Wir würden eine grosse Chance verpassen, wenn wir nicht heute begännen, unsere Wirtschaftsweise ökologisch und somit ökonomisch und gesellschaftsverträglich zu gestalten. Die Schweiz ist eines der reichsten Länder der Welt. Wir haben in der Schweiz eines der besten Bildungssysteme und die grössten Wissenstransfers. Wir haben die exzellenteste Forschung. Wir haben ein riesiges Innovationspotenzial, und



wir haben bereits viele Unternehmen, die in den grünen Wirtschaftssektor investieren. Wir hätten so viele wirtschaftliche Vorteile, denn der Run auf die letzten Ressourcen wird sich in den nächsten Jahrzehnten verstärken.

Aus all diesen Gründen ist es völlig unverständlich, dass sich dieses Parlament weigert, mit dem indirekten Gegenvorschlag des Bundesrates, der Revision des Umweltschutzgesetzes, konkrete Massnahmen im Sinne einer modernen Umweltschutzgesetzgebung zu verabschieden. Damit hätte man die Anliegen der Initiative für eine grüne Wirtschaft aufnehmen können. Es wäre die grosse Chance gewesen, endlich den Paradigmenwechsel zu vollziehen. Bis anhin wurden nur die Schadstoffe aus der wirtschaftlichen Produktion behandelt – das ist der End of Pipe-Ansatz –; neu sollte unbedingt auch der Ressourcenverbrauch in unserer Gesetzgebung berücksichtigt sein. Das ist moderne Umweltschutzgesetzgebung, damit wären wir weiss Gott nicht alleine. Konkret könnten also für Rohstoffe wie Palmöl, Fisch, Torf oder Baumwolle Nachhaltigkeitsstandards verlangt werden. Aber auch das Recycling von Rohstoffen wie Phosphor, Metallen, Aushubmaterial usw. sollte diese unbedingt wieder in den Kreislauf zurückführen.

Wo ist hier das Problem? Arbeitsplätze, Know-how blieben hier. Die vielen umweltbewussten Unternehmen, die übrigens diese Gesetzgebung unterstützt haben, würden belohnt.

Die Trittbrettfahrer werden heute nicht zur Kasse gebeten. Diese werden auch durch Ihr Verhalten begünstigt. Sie profitieren auf Kosten anderer und schlussendlich auch auf Kosten unserer Kinder und Kindeskinde in unserem Land. Es ist also nicht haltbar, wenn Sie die Gesetzesrevision ablehnen und nun sagen, die Volksinitiative sei auch nicht umsetzbar und sowieso extrem.

Überhaupt möchte ich Ihnen sagen: Für die Zukunft müssen wir investieren. Wir haben eine Schweizer Ressourcensicherheit. Mit einem intelligenten Umgang mit Ressourcen verkleinern wir unsere Abhängigkeit vom Ausland, sparen Materialkosten, steigern die lokale Wertschöpfung und steigern die Versorgungssicherheit bei knappen Ressourcen. Ich möchte nicht erleben, dass der Earth Overshoot Day bereits im Frühling stattfindet.

**Maire Jacques-André (S, NE):** Comme cela a été rappelé plusieurs fois ce matin, l'initiative se focalise sur la racine des problèmes environnementaux. Nous sommes donc appelés, dans ce débat, à regarder loin, à imaginer un développement réellement durable. C'est dans ce sens que s'inscrit le but de l'initiative, à savoir une transformation de notre économie vers ce qu'on appelle une économie circulaire appelée à favoriser le recyclage des matériaux et en particulier des matériaux de valeur.

Nous l'avons dit aussi, le but de l'initiative est de nous ramener à une consommation de ressources correspondant à la production annuelle des ressources de notre planète. Or, cela a déjà été dit également, la consommation moyenne d'un habitant suisse est trois fois supérieure aux ressources par habitant produites par la planète. Nous allons droit dans le mur – je crois qu'il faut être clair – et c'est pour cette raison que nous devons réagir aujourd'hui. Si l'ensemble de la population mondiale avait les mêmes standards de consommation que nous, nous n'irions pas loin.

Ce qu'on peut encore dire, c'est que nous vivons aujourd'hui aux frais d'autres pays et d'autres générations. En consommant toutes ces ressources, nous privons d'autres personnes de ces dernières et, dans ce sens, nous portons une lourde responsabilité, en particulier vis-à-vis des générations futures.

Dans l'économie circulaire que l'initiative veut favoriser, les matières premières sont recyclées, transformées. Par ailleurs, il faut également éviter la production de déchets inutilisables ou nuisibles. Encore une fois, cela s'inscrit dans notre intérêt, puisque les produits chimiques toxiques contenus dans ces déchets peuvent porter atteinte non seulement à notre santé, mais aussi à celle de nos enfants.

L'économie circulaire, c'est aussi une façon de rendre la Suisse moins dépendante de l'étranger. En termes de ressources, le pays est aujourd'hui extrêmement dépendant de l'étranger. Il existe là un véritable défi pour notre économie. En effet, la Suisse, pays de la connaissance et de l'innovation, régulièrement en tête des classements internationaux dans ces domaines, est très bien positionnée pour devenir un leader dans le domaine des «cleantech».

Aussi, réduire l'empreinte écologique du pays ne peut que stimuler la place économique helvétique. Dans ce sens, nous sommes un peu surpris de voir les milieux de l'économie traditionnelle faire preuve de tant de résistance alors que, au sein même de l'économie, de multiples exemples montrent qu'en se positionnant sur ce marché, la Suisse peut accroître durablement – et non à court terme, encore une fois – sa compétitivité.

Elle peut être un moteur de l'innovation: de nombreux emplois peuvent être créés dans notre pays dans cette logique. Le Masterplan Cleantech, qui a été présenté ici, va dans le bon sens. Dans le cadre de la mise en oeuvre de ce dernier ainsi que de la Stratégie énergétique 2050, le Parlement a dégagé des moyens supplémentaires pour la recherche dans ces domaines. Par conséquent, nous sommes là en présence d'atouts qu'il faut absolument utiliser de la meilleure des façons, sachant que la compétition au niveau international fait rage, que de grands pays ont déjà pris ce virage au niveau de l'économie. Donc il faut favoriser la recherche et l'innovation.

Il y a encore un domaine où nous pouvons faire mieux en matière de formation: c'est au niveau des formations professionnelles. Il faut que les professionnels, en particulier du bâtiment, soient formés de façon optimale pour pouvoir mettre en oeuvre ces nouvelles technologies.

Dans ce sens, nous devons encore favoriser le développement de formations spécifiques au niveau de la formation professionnelle supérieure, et bien entendu avoir là toute la chaîne de compétences pour pouvoir relever les défis de cette initiative. Encore une fois, cette initiative est fort bien venue: elle nous met face à nos responsabilités et je ne peux que vous inciter à recommander au peuple et aux cantons de l'accepter, pour penser aux générations futures, dans notre pays comme au plan mondial.

**Vogler Karl (C, OW):** Wir sprechen einmal mehr zum Geschäft 14.019, diesmal zum Bundesbeschluss über die eidgenössische Volksinitiative «für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)». Wir tun das, nachdem der Nationalrat den indirekten Gegenvorschlag, die Revision des Umweltschutzgesetzes, am 14. September 2015 in der Gesamtabstimmung leider abgelehnt hat; «leider» darum, weil es die Schweiz verpasst hat, einen dringend notwendigen Anpassungsprozess in Richtung einer ressourcenorientierten Wirtschaft einzuleiten. Es wäre eine Wirtschaft, in der die Unternehmen, aber auch die Haushalte und die öffentliche Hand angesichts begrenzter natürlicher Ressourcen die Ressourceneffizienz verbessern, damit letztlich die Wohlfahrt in unserem Land steigern und die Auslandsabhängigkeit reduzieren.

Wenn im Rahmen dieser geführten Diskussionen immer wieder gesagt wurde und wird, die Schweiz sei bereits heute ein Musterknabe im Umgang mit den natürlichen Ressourcen, so trifft das auf verschiedene Bereiche zweifellos zu, auf andere aber nicht. Ich erinnere etwa an unseren unruhmlichen Europameistertitel in Sachen Abfallvolumen. Und weiter: Wir sehen uns mit der unangenehmen Tatsache konfrontiert, dass heute die Schweizer Bevölkerung, es wurde gesagt, die Ressourcen von fast drei Erden verbraucht. Trotz dieser Tatsachen ist aber die Mehrheit unseres Rates nicht bereit, notwendige Schritte in Richtung Ressourceneffizienz einzuleiten. Das stimmt mich nachdenklich. Stellen Sie sich vor, im Rahmen der Budgetdebatte in den kommenden Tagen würde das Parlament ein Budget genehmigen, das fast dreimal so hohe Ausgaben vorsieht wie Einnahmen, und das nicht nur für das kommende Jahr, sondern im Rahmen des Finanzplanes über Jahre, ja Jahrzehnte,

und wir würden keine entsprechenden Gegenmassnahmen beschliessen. Oder stellen Sie sich vor, Sie würden entsprechend gleich mit Ihrem privaten Unternehmen verfahren. Nicht denkbar!

Dass die Schweiz sorgfältiger mit den natürlichen Ressourcen umgehen muss, hat denn auch der Bundesrat längst erkannt. Zu Recht verabschiedete er im Oktober 2011 ein erstes Programm für eine grüne Wirtschaft mit sechs Handlungsfeldern und im September 2011 den Masterplan Cleantech. Economiesuisse pries in der Folge im Positionspapier vom März 2012 die «green economy» als das künftige Erfolgsmodell der Schweizer Wirtschaft an – jener Verband, der dann kurze Zeit später alles unternahm, um auch einen entschlackten Gegenvorschlag in Richtung grüne Wirtschaft zu versenken.

Wir sind selbstverständlich Demokraten und haben gefällte Entscheide zu akzeptieren, auch wenn sie falsch sind. Mir konnte noch niemand erklären, wie der Ressourcenverbrauch, der viel zu gross ist, ohne zumindest verhältnismässige und subsidiäre Gegenmassnahmen in die richtige Richtung gelenkt werden kann. Oder um es mit den Worten der «NZZ» zu sagen: «Im wahlkampfbetonten Deregulierungseifer überbordeten einige bürgerliche Politiker und schütteten das Kind mit dem Bade aus.»

Falsche Entscheide aber sollen und dürfen nicht dazu verleiten, einen weiteren falschen Entscheid zu treffen und einer Initiative zuzustimmen, die aufgrund ihrer Übergangsbestimmungen schlicht nicht realistisch ist. Die Schweiz kann nicht in derart kurzer Zeit quasi total auf grün umgepflügt werden. Das wäre ohne massivste regulatorische Eingriffe nicht möglich. Wirtschaft und Konsum würden abgewürgt.

In diesem Sinne ersuche ich Sie, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen, verbunden mit dem deutlichen Hinweis, dass Handlungsbedarf in den Bereichen Ressourcenschonung und Ressourceneffizienz besteht.

**Rytz Regula (G, BE):** Ich habe nun dieser Diskussion heute Morgen aufmerksam zugehört, und ich stelle fest, dass gewisse Parteien hier in diesem Saal die Initiative «Grüne Wirtschaft» gründlich missverstanden haben.

Das war nicht immer so. Als wir Grünen die Initiative 2011 lancierten, war das Echo in der Wirtschaft noch positiv. «Dem Vorschlag der Grünen muss man in seiner offenen Formulierung gewisse Sympathie entgegenbringen», sagte zum Beispiel Dominique Reber, Mitglied der Geschäftsleitung von Economiesuisse, in einem Interview in der «NZZ am Sonntag» im Jahre 2011. Er lobte: «Mit dieser Initiative versuchen die Grünen, echte Probleme zu lösen, und legen dabei Sachverstand an den Tag.» Mit einem Positionspapier zur grünen Wirtschaft hat Economiesuisse damals sogar noch nachgedoppelt und festgestellt: «Wir müssen den ökologischen Fussabdruck minimieren.»

Voilà, so fortschrittlich tönte es vor vier Jahren. Doch heute ist alles anders. Economiesuisse hat ihre früheren Positionen fallen lassen wie eine heisse Kartoffel und will von Ökologie gar nichts mehr wissen.

Das ist verantwortungslos. Es ist nämlich nicht so, dass die Schweiz in Sachen Umweltschutz ein Musterknabe wäre, wie Christian Wasserfallen vorhin behauptet hat. Ganz im Gegenteil: In keinem anderen Land Europas wird pro Kopf so viel Müll, so viel Elektroschrott und so viel Plastikabfall produziert wie in der Schweiz. Auch in anderen Bereichen steht es schlecht um den einheimischen Umweltschutz. Kulturlandschutz: ungenügend. Materialaufwand: ungenügend. Klimaschutz: ungenügend. Biodiversität: ungenügend. Dieses schlechte Zeugnis habe nicht ich erstellt, vielmehr findet es sich im Umweltbericht von Bundesrätin Doris Leuthard aus dem Jahre 2015. Es ist ein Werk, das man besser nicht vor dem Einschlafen liest, weil man sonst von Alpträumen geplagt wird.

Doch es kommt noch sehr viel schlimmer: Wir leben nicht nur auf Kosten der einheimischen Natur und der nächsten Generationen. Nein, wir exportieren auch noch einen grossen Teil unserer Umweltbelastung ins Ausland, den grössten Teil sogar. 73 Prozent der Emissionen, die durch unseren

Konsum, unsere Industrie oder unsere Mobilität entstehen, zerstören die Lebensgrundlagen in Asien, in Afrika oder in Lateinamerika. Es ist natürlich einfach, sich, wie vorhin Christian Wasserfallen, als Saubermann zu brüsten, wenn man die Schäden einfach über die Grenzen verschiebt.

Was können wir tun? Wir müssen vernünftig handeln, langfristig, für die Zukunft. Bastien Girod hat es in seinem Eintretensvotum gesagt: Diese Initiative fordert eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Sie will, dass wir sparsam mit knappen Ressourcen und Rohstoffen umgehen und dass unsere Kinder keine bedrohlichen und teuren Altlasten übernehmen müssen.

Nun haben viele hier schon gesagt, dass wir alles, was nötig sei, schon tun würden. Tatsächlich haben sich viele verantwortungsvolle Unternehmer in der Schweiz seit Langem auf den Weg gemacht. Sie wollen die natürlichen Ressourcen schonen, weil sie an die Zukunft denken. Sie sehen aber auch, dass man mit der grünen Wirtschaft Geld verdienen kann. Der ökologische Umbau ist längst zu einem Geschäftsmodell geworden, zu einem Geschäftsmodell, das altmodische Werte wie Sparsamkeit mit moderner Innovation verbindet, mit der Share Economy, mit der Repair Economy, mit Ecodesign und vielem mehr. Doch all das funktioniert nur, wenn der Staat die richtigen Rahmenbedingungen setzt. Da gibt es Handlungsbedarf.

Sie erinnern sich an die Branchen, die für das neue Umweltschutzgesetz, für den Gegenvorschlag von Doris Leuthard gekämpft haben. Sie erinnern sich daran, dass diese gesagt haben, es bestehe Handlungsbedarf, damit auch Trittbrettfahrer erfasst und verbindliche Minimalstandards festgelegt werden könnten, und es sei nötig, Anreize und Unterstützungen für die Innovation zu beschliessen. Genau das will diese Initiative. Sie ist nicht dirigistisch. Lesen Sie doch einmal, was hier steht, es sind alles Kann-Formulierungen: Man kann all diese Massnahmen ergreifen, wenn es nötig ist. Es ist heute nötig, was auch die engagierten Voten vorhin vonseiten der SP, der Grünliberalen und auch der EVP gezeigt haben. Wir müssen und wir können handeln – und diese Initiative ist im besten Sinne subsidiär.

Ich bitte Sie deshalb um die Unterstützung dieses wichtigen Zukunftsprojekts.

**Brunner Toni (V, SG):** Die Frage ist ja immer, wie man ein Thema angeht. Braucht es für die sogenannte grüne Wirtschaft einen neuen Verfassungsartikel, und was ist die grüne Wirtschaft eigentlich? Funktioniert etwas in einem Land, funktioniert es nicht?

Mit Artikel 94a Absatz 3 Buchstabe b fordert die neue Verfassungsbestimmung, dass der Bundesrat «Vorschriften für Produktionsprozesse, Produkte und Abfälle sowie für das öffentliche Beschaffungswesen erlassen» kann, um eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft zu fördern. Abgesehen davon, dass für das öffentliche Beschaffungswesen gesetzliche Grundlagen erlassen werden können, wenn man es denn will – zum Beispiel für Beschaffungen im Inland –, sollte man in dieser wirtschaftlich angespannten und von der Frankenstärke geprägten Zeit keine solchen neuen Bestimmungen in die Verfassung aufnehmen.

Vieles funktioniert nämlich sehr vorbildlich in der Schweiz, vor allem das, was ich auch unter dem Namen «grüne Wirtschaft» verstehe: 1,3 Millionen Tonnen Altpapier und Altkarton werden in der Schweiz jährlich gesammelt, meist privat über die Sammelstellen für die Papierfabriken, die Altpapier verarbeiten. Es geht zurück in den Kreislauf, landet wieder bei den Konsumenten, geht wieder zurück in die Papierfabriken; davon haben wir noch vier in der Schweiz. Wir sind Weltmeister in diesem Bereich, und wir können nicht sagen, der Kreislauf funktioniere nicht. Wir sind auch spitze, wenn es um Altmetalle und Schrott geht. Über 1,5 Millionen Tonnen Altmetalle und Schrott fallen in der Schweiz jährlich an: alte Fahrzeuge einschliesslich alter Velos, Stahlkonstruktionen von Brücken oder Hallenbauten, wenn diese neuen Konstruktionen weichen müssen. Diesen Schrottberg verarbeitet die Schweiz selber. Wir haben in der Schweiz noch zwei Stahlwerke, wir haben vierzehn Giessereien. Wir haben

in der Schweiz einen geschlossenen Kreislauf: Von den Eissenschrotthändlern geht das Material zu den Stahlwerken, zu den Giessereien, zurück auf den Bau. Es wird wieder eingesetzt und kommt wieder zurück. Es funktioniert, der Kreislauf funktioniert.

Kunststoffsammlungen: An diesem Beispiel kann man zeigen, dass man es auch ein wenig übertreiben kann. In der Schweiz werden immer mehr Separatsammlungen gemacht, zum Beispiel auch für Kunststoff. Das ist ehrenwert, es wird in der Schweiz aber so viel getrennt und gesammelt, dass am Schluss ein Teil der getrennten Ware wieder in der thermischen Verwertung landet. Nur schon der Glaube, man habe etwas für die Umwelt getan, ist ja ehrenwert, aber es muss am Schluss dann schon auch funktionieren. Auch hier passiert etwas. Ich war kürzlich in Frauenfeld. Dort steht eines der modernsten Sortierwerke für Kunststoffe, auch das ist in der Schweiz gewährleistet. Unter der grünen Wirtschaft könnten wir ferner die Landwirtschaft nennen: Nährstoffbilanzen, ökologische Programme, dann auch die Schnitzeitpunkte, Vernetzungen, Naturräume, Wasserräume – kommen Sie mir bitte nicht damit, wir hätten nicht auch in diesem Bereich bereits eine Überreglementierung. Wir sind auch hier Weltmeister, wenn wir uns international vergleichen.

Wollen wir ein wichtiger Wirtschaftsplayer bleiben und wollen wir der Deindustrialisierung entgegentreten, dann tun wir gut daran, jetzt nicht neue Grundlagen in die Verfassung zu schreiben, die einen gesetzgeberischen Prozess auslösen, der dann am Schluss vielleicht sogar noch kontraproduktiv ist, indem man nämlich verunmöglicht, dass in der Schweiz noch Stahl oder Papier verarbeitet werden kann.

Also empfehlen Sie bitte diese Initiative zur Ablehnung, sie ist schlicht unnötig.

**Leuthard Doris**, Bundesrätin: Ich danke für die Debatte. Wie die Mehrheit Ihrer Kommission und der Ständerat ist auch der Bundesrat der Meinung, dass die Volksinitiative der Grünen Partei zu weit geht; dies hauptsächlich wegen der Übergangsbestimmung, also wegen des Verfassungsziels «Fussabdruck eine Erde bis 2050», das aus heutiger Sicht kaum umsetzbar ist. Es müsste klar definiert sein, was damit überhaupt gemeint ist. Wird das Ziel nicht einfach programmatisch verstanden, müsste ihm der Bund mit einschneidenden Massnahmen angemessene Rechnung tragen, und die Wirtschaft hätte kaum Zeit, sich schrittweise anzupassen und die Effizienzvorteile und Marktchancen eines ökologischen Umbaus gewinnbringend umzusetzen. Erschwerend kommt hinzu, dass die Hälfte der Umweltbelastung des Schweizer Konsums im Ausland anfällt. Das Erreichen des Verfassungsziels «Fussabdruck eine Erde bis 2050» wäre somit nicht alleine in Schweizer Händen, sondern hinge stark von internationalen Entwicklungen ab beziehungsweise vom möglichen Einfluss auf ausländische Geschäftspartner und die ganze Handelskette. Das macht die Umsetzung dieser Initiative sehr schwierig.

Auf der anderen Seite schlägt die Initiative vieles vor, was sinnvoll ist und was bei der OECD, dem Club der Industriestaaten, schon längst Thema ist, was von der OECD schon längst in unzähligen Berichten und Analysen über grüne Wirtschaft, über Ressourceneffizienz usw. vorgeschlagen wird und somit international schon lange auf Resonanz stösst. Niemand von Ihnen hat gesagt, Ressourceneffizienz interessiere ihn nicht oder wir hätten keine Aufgaben mehr bei der Schliessung von Stoffkreisläufen. Der grundsätzliche Gedanke des effizienten Wirtschaftens, des Umgangs mit Ressourcen in einer Art und Weise, die der Langlebigkeit und auch dem Respekt vor natürlichen Ressourcen Rechnung trägt, ist völlig berechtigt.

Deshalb hat der Bundesrat – wie die OECD auch – gesagt, es bestehe Handlungsbedarf. In unserem Umweltschutzgesetz, das über dreissig Jahre alt ist, findet man den Begriff der Ressourceneffizienz bis heute nicht. Insofern war es richtig, dass der Bundesrat als logische Weiterführung der Modernisierung der heutigen Umweltpolitik, im Sinn eines Denkens weg von der Wegwerfwirtschaft, hin zur Kreislauf-

wirtschaft, einen indirekten Gegenvorschlag unterbreitet hat. Dass der Nationalrat diese Vorlage verwässert hat und sogar hinter das heutige Umweltschutzgesetz zurückgehen will, führt dazu, dass diese Vorlage so auf jeden Fall nicht im Sinn des Bundesrates ist. Der Ständerat wird deshalb wohl übermorgen auch nicht auf diese USG-Revision eintreten.

Die Herausforderungen und Chancen rund um die Ressourceneffizienz und Ressourcenschonung werden in den nächsten Jahren und Jahrzehnten bleiben und Sie sowohl national wie auch international weiter beschäftigen. Der Handlungsbedarf wird aufgrund des weltweiten Bevölkerungswachstums und der steigenden Ansprüche der wachsenden Mittelklasse in grossen Schwellenländern auf jeden Fall zunehmen. Der Ressourcenverbrauch durch eine wachsende Weltbevölkerung, mit einem steigenden Wirtschaftswachstum wird massiv zunehmen, und das betrifft nicht nur den Energiebereich. Die Länder rund um uns herum bleiben auch nicht stehen. Viele Staaten folgen den Empfehlungen der OECD und greifen langfristig in das Wirtschaften ein. Das Engagement der Wirtschaft ist in den nächsten Jahren deshalb ganz wichtig.

Der Bund kann die Vernetzung und den Dialog im Bereich der freiwilligen Massnahmen fördern. Wir werden uns auch weiterhin über die Technologie- und Exportförderung im Rahmen der Cleantech-Plattform einsetzen. Mit dem Aktionsplan Grüne Wirtschaft von 2013 wird der Bundesrat weiterhin Massnahmen, basierend auf den heutigen Gesetzesgrundlagen, anstossen, insbesondere auch im Bereich der Wissenschaft und der angewandten Forschung.

Wer glaubt, dass die freiwilligen Massnahmen der Wirtschaft besser sind, wird sich täuschen. Wir haben heute eine Umweltschutzgesetzgebung, das heisst, es wird immer dann mit einer Regulierung eingegriffen, wenn der Schutz nötig ist. Es gibt unzählige Beispiele dafür, beginnen wir beim Schutz des Bodens: Wir haben Milliarden in die Sanierung von Altlasten investiert. Allein die Sonderdeponie Kölliken kostet den Steuerzahler 900 Millionen Franken, weil wir keine Regulierung hatten. Aktuell besteht im Wallis, in Visp, ein Quecksilberproblem. Die Sanierung des belasteten Bodens wird dreistellige Millionenbeträge des Steuerzahlers verschlingen. In Monteforno gibt es Altlasten, deren Sanierung vom Bund übernommen werden muss, denn wir werden dort eine Station für die Lastwagen bauen. Altlastensanierungen machen zu müssen heisst eben, dass wir bisher sehr vieles nicht reguliert haben, sondern erst danach, wenn es schon zu Schäden gekommen ist, wenn man mit Regulierungen einschreiten musste.

Es ist klar, dass die oberste Aufgabe der Wirtschaft nicht Umweltschutz ist. Die Unternehmen müssen Geld verdienen und profitabel sein. Deshalb ist es klar, dass die Wirtschaft das tut, was Kosten senkt, was günstig ist. Deshalb wird sie auch weiterhin auf Kohle setzen, weil das eben billiger ist als Wasserkraft. Das ist der Wirtschaft nicht zu verargen. Aber wie wollen Sie das dann über Freiwilligkeit lösen? Es ist eben in der Regel so, dass es nötig ist, in diesem Bereich Orientierung zu geben. Die Kreislaufwirtschaft und die Ressourceneffizienz sind die besseren Antworten, als nachher die Schäden zu beheben, die zulasten des Steuerzahlers entstanden sind. Es ist besser, wenn Sie präventiv eingreifen, Orientierung geben und im Sinne der Ressourceneffizienz versuchen, Kreisläufe mit Anreizmodellen und mit neuen Technologien zu schliessen.

Mittelfristig wird deshalb eine Modernisierung unseres über dreissigjährigen Umweltschutzgesetzes, das immer noch den Geist des Schutzes atmet und nicht den Geist der Ressourceneffizienz, nötig sein. Es geht nicht mehr um End-of-Pipe-Umweltschutz und Emissionsbegrenzungen, sondern es geht inskünftig zur Vermeidung von Kosten zulasten des Steuerzahlers, zur Vermeidung von Schadensbehebungen vielmehr um Ressourceneffizienz entlang der gesamten Wertschöpfungskette und um die konsequente Orientierung an einer Kreislaufwirtschaft.



Es wurde sehr oft gesagt, die Schweiz sei ja schon so gut. Ja, wir haben eine gute Bilanz. Allerdings dient das Ranking, das Sie zitiert haben, schon nicht als beste Grundlage, weil es in diesem Ranking, dem EPI Framework, vor allem um die Wasserqualität geht. Sie wissen: Auch dort haben wir reguliert, nachdem etwa der Hallwiler- und der Sempachersee massiv überdüngt gewesen waren – und wir sorgen mit Millionenbeträgen bis heute für die Beatmung dieser Seen. Es geht in diesem Ranking auch um die Qualität des landwirtschaftlichen Bodens. Auch diesbezüglich stehen wir sehr gut da, aber nicht, weil es freiwillig ging, sondern weil wir reguliert haben. Es geht um Recyclingraten, auch da: Wir sind gut, wir haben aber gleichzeitig die höchste Abfallmenge von ganz Europa. Auch hier wäre es eben wahrscheinlich gescheiter, Abfall zu vermeiden, als ihn einfach teuer, wenn auch sehr gut, zu recyceln. Es geht in diesem Ranking um «resiliency to climate change». Natürlich sind wir da gut, weil wir keine Wüstenbildung haben und weil wir auch nicht als Insel einer Zunahme des Wasserpegels ausgesetzt sind. In diesem ganzen Ranking kommt die Kreislaufwirtschaft gar nicht zum Ausdruck, und deshalb ist es logisch, dass die Schweiz hier gut abschneidet.

Die Initiative geht auch dem Bundesrat zu weit, aber das Argument, es sei alles so gut, stimmt nicht. Wir haben, ich erinnere Sie daran, immer reguliert. Wir haben FCKW, Asbest, PCB und Quecksilber verboten. Wir haben bei der Gewässerunreinigung reguliert und den Pegel angehoben, wie wir neuerdings auch bei den Abwasserreinigungsanlagen mit den Lösungen betreffend Mikroverunreinigungen bei einem neuen Problem regulieren. Es war also immer so, dass man der Wirtschaft möglichst freie Wahl gelassen hat, dass wir aber immer dann, wenn eben Schäden zu gross und zu kostspielig wurden, reguliert haben.

In diesem Sinne wird Sie das Thema einholen. Wir werden erneut irgendwann einmal eine Revision des Umweltschutzgesetzes vorantreiben. Ich habe Verständnis, dass man heute angesichts der Politik aufgrund des starken Frankens andere Prioritäten setzt, es ist aber kurzfristig gedacht. Langfristig werden die Kosten des Nichtstuns grösser sein, als wenn man das Antizipieren, die Prävention und eben die Ressourceneffizienz in den Vordergrund stellt.

**Buttet Yannick (C, VS), pour la commission:** «Pense avant de parler et pèse avant d'agir.» Cette citation de Shakespeare répond parfaitement à celles et ceux qui, dans cette salle, prétendent que la commission ne souhaite pas agir et qu'elle préfère attendre. On pourrait ajouter avec Sophocle que, «pour agir avec prudence, il faut savoir écouter».

La majorité de la commission a préféré le pragmatisme à l'idéologie. Elle a finalement préféré la voie de la résolution petit à petit de problèmes existants plutôt que celle de la création rapide de nouveaux problèmes.

Ne consommer que les ressources qui peuvent être renouvelées, cela paraît logique, et cela l'est, effectivement. Le recyclage et la valorisation des déchets fonctionnent déjà dans notre pays, même si des améliorations doivent être apportées. L'essentiel se trouve dans la question des délais et des coûts, qui, si l'on choisit un tempo trop élevé, pèsent sur la compétitivité de nos entreprises. On a entendu ce matin qu'il s'agissait de détails, lorsqu'il a été question de coûts et de délais irréalistes. La direction est bonne: ces coûts et ces délais sont exagérés.

On a aussi beaucoup entendu parler de responsabilité. On sous-entend parfois que la majorité de la commission et que notre conseil, peut-être, ne prendraient pas leurs responsabilités. Mais notre responsabilité n'est pas seulement engagée envers l'environnement, mais aussi envers l'économie, et il s'agit de trouver un équilibre qui soit bénéfique aux deux.

Enfin, je me permettrai de citer deux extraits du message du Conseil fédéral, qui résumant parfaitement l'avis de la majorité de la commission. Le Conseil fédéral nous dit qu'«il est préférable de procéder par étapes», de manière à permettre à la Suisse «d'opérer une transition économique souple qui tienne dûment compte de la proportionnalité des différentes mesures». Le Conseil fédéral relève également que «de cette façon, la Suisse pourra entamer l'oeuvre de plusieurs générations que constitue la transition vers une économie verte, en veillant à ce que le rapport coût/utilité soit favorable».

Ainsi, la commission, contrairement à ce que nous avons aussi entendu ce matin, est raisonnable. Elle sait que des efforts seront nécessaires, elle demande simplement que ces efforts soient mesurés.

C'est la raison pour laquelle la majorité de la commission vous invite à recommander au peuple et aux cantons de rejeter l'initiative.

**Schilliger Peter (RL, LU), für die Kommission:** Die Initiative stellt in einer globalen Betrachtung die grundsätzliche Frage, wie die Ressourcen, die bekanntlich nur einmal vorhanden sind, effizient verwendet werden können. Damit ist auch die Frage aufgeworfen, wieweit sich die Schweiz angesichts ihrer Positionierung in Verfassung und Gesetzgebung selbst mengenmässige Vorgaben machen soll.

Von Herrn Jans, dem Minderheitensprecher, und weiteren Votanten wurde ein Vergleich mit dem Geld und damit mit dem Wohlstand angestellt. Er sagte: Warum sollte man 2,8-mal mehr ausgeben, als man einnimmt? Dieser Vergleich verweist auf eine Position, die nicht ganz durchdacht ist. Schlussendlich ist der Wohlstand in der Schweiz eben auch um ein Mehrfaches grösser als der weltweite Durchschnitt. Es ist klar, dass unsere Gesellschaft dank dieses Wohlstands mehr Konsum tätigen kann, dass wir dementsprechend überproportional Ressourcen verbrauchen, aber ja auch wieder Ressourcen in den Kreislauf zurückgeben können. Man kann Ressourcen an sich ja nicht verschwenden, sie werden allenfalls einfach verlagert und an einem anderen Ort deponiert.

Die UREK hat diese Fragen behandelt. Aus Sicht der UREK und der Schweizer Wirtschaft gilt es festzustellen, dass wir bei vielen Fragen ein Musterknabe sind – sicher nicht bei allen, aber bei sehr vielen –, dass wir die Herausforderung der Ressourcenverwendung gut angehen, dass sehr vieles passiert ist, ohne dass ein gesetzlicher Druck vorhanden war. Die UREK lehnt weiter gehende gesetzliche Bestimmungen ab und beurteilt die Situation so, dass der für eine entsprechende Vorlage nötige Leidensdruck heute nicht vorhanden ist. Eine Gesetzgebung auf Vorrat will man nicht.

Aus dieser Optik beantrage ich Ihnen im Namen der UREK und auch im Sinne des Bundesrates, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen. Die UREK hat dies mit 16 zu 8 Stimmen bei 1 Enthaltung entschieden. Ich danke Ihnen für die Unterstützung dieses Antrages.

*Eintreten ist obligatorisch*

*L'entrée en matière est acquise de plein droit*

*Detailberatung – Discussion par article*

**Titel und Ingress, Art. 1**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

**Titre et préambule, art. 1**

*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté*

**Art. 2***Antrag der Mehrheit*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Antrag der Minderheit*(Jans, Badran Jacqueline, Chopard-Acklin, Girod, Nordmann, Nussbaumer, Semadeni, Thorens Goumaz)  
... die Initiative anzunehmen.**Art. 2***Proposition de la majorité*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Proposition de la minorité*(Jans, Badran Jacqueline, Chopard-Acklin, Girod, Nordmann, Nussbaumer, Semadeni, Thorens Goumaz)  
... d'accepter l'initiative.*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 14.019/12 619)

Für den Antrag der Mehrheit ... 129 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 61 Stimmen

(0 Enthaltungen)

**Präsidentin** (Markwalder Christa, Präsidentin): Da Eintreten obligatorisch ist, findet keine Gesamtabstimmung statt. Das Geschäft ist damit bereit für die Schlussabstimmung. Ich gratuliere Herrn Thomas Müller ganz herzlich zu seinem heutigen Geburtstag! (*Beifall*)

15.3798

**Postulat APK-NR.  
Internationale Klimafinanzierung****Postulat CPE-CN.  
Financement international  
dans le domaine du climat**

Nationalrat/Conseil national 01.12.15

**Präsidentin** (Markwalder Christa, Präsidentin): Die Kommission und der Bundesrat beantragen die Annahme des Postulates.*Angenommen – Adopté*

13.3023

**Motion Regazzi Fabio.  
Totalrevision des Bundesgesetzes  
über die Enteignung****Motion Regazzi Fabio.  
Révision totale de la loi fédérale  
sur l'expropriation****Mozione Regazzi Fabio.  
Riforma totale della legge federale  
sull'espropriazione**

Nationalrat/Conseil national 18.09.14

Ständerat/Conseil des Etats 04.06.15

Nationalrat/Conseil national 01.12.15

13.3196

**Motion Ritter Markus.  
Totalrevision des Bundesgesetzes  
über die Enteignung. Marktkonforme  
Entschädigung der Enteigneten****Motion Ritter Markus.  
Révision totale de la loi fédérale  
sur l'expropriation. Indemniser  
les expropriés conformément  
à la valeur commerciale**

Nationalrat/Conseil national 12.03.15

Ständerat/Conseil des Etats 04.06.15

Nationalrat/Conseil national 01.12.15

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zur Änderung

*Proposition de la commission*

Approuver la modification

**Präsidentin** (Markwalder Christa, Präsidentin): Sie haben einen schriftlichen Bericht der Kommission erhalten. Die Kommission beantragt, beide Motionen in der vom Ständerat geänderten Fassung anzunehmen.*Angenommen – Adopté*

13.454

**Parlamentarische Initiative  
Fehr Jacqueline.  
Schutz vor Gewalt  
aus dem nahen sozialen Umfeld  
Initiative parlementaire  
Fehr Jacqueline.  
Protection des personnes  
menacées de violence  
dans leur environnement social proche***Vorprüfung – Examen préalable*

Nationalrat/Conseil national 01.12.15 (Vorprüfung – Examen préalable)

*Antrag der Mehrheit*

Der Initiative Folge geben

*Antrag der Minderheit*

(Rickli Natalie, Brand, Guhl, Huber, Lüscher, Merlini, Schwander, Wasserfallen)

Der Initiative keine Folge geben

*Proposition de la majorité*

Donner suite à l'initiative

*Proposition de la minorité*

(Rickli Natalie, Brand, Guhl, Huber, Lüscher, Merlini, Schwander, Wasserfallen)

Ne pas donner suite à l'initiative

**Präsidentin** (Markwalder Christa, Präsidentin): Sie haben einen schriftlichen Bericht der Kommission erhalten.**Ruiz Rebecca Ana** (S, VD), pour la commission: La Commission des affaires juridiques du Conseil national a procédé à l'examen préalable de la présente initiative, le 15 août